

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

34 (10.2.1925)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Musfeste“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Verlagspreis: halbmöndlich 1.— M. mit 90 S ohne Zustellung. Einzel- u. Redaktionspreis: 10 S. — Anzeigen: die einpaltige Kolonelle 20 S, auswärts 25 S. — Annahmefrist 8 Uhr vormittags. Geschäftsstelle: Karlsruhe, Postfach 24. Fernsprecher: 481. Geschäftsstelle: Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Schriftleitung: Georg Schöpflin; für die Redaktion verantwortlich Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger. Druck und Verlag von G. & C., sämtliche in Karlsruhe.

Reichsfinanzler Luther in Köln

Köln, 9. Febr. Reichsfinanzler Dr. Luther traf heute nachmittag in Köln ein. Er stattete dem Oberbürgermeister Dr. Adenauer und dem Kardinal-Erzbischof Dr. Schulte einen Besuch ab. Er empfing sodann den englischen Zivildelegierten Piggott.

Während des zu Ehren des Reichsfinanzlers heute abend von der Stadt Köln veranstalteten Festessens ergriff der Oberbürgermeister Adenauer das Wort zu einer Rede, in der er zunächst den Reichsfinanzler mit herzlichster Freude willkommen hieß. Adenauer führte u. a. aus:

Die Lage des besetzten Gebietes ist nach wie vor trotz gewisser Erleichterungen gegenüber den Vorjahren schwer und drückend. Unser wirtschaftliches Leben leidet noch immer unter den Folgen der verschiedenen Zollabänderungen der letzten Jahre und unter den Nachwirkungen der Ruhrbesetzung. Zwei Drittel aller Erwerbslosen entfallen auf das besetzte Gebiet. Zu diesen schichten wirtschaftlichen Verhältnissen kommt die Steigerung unserer festlichen Not, die uns die letzten Wochen gebracht haben. Wenn wir unsere furchtbaren physischen und psychischen Leiden bisher geduldig ertragen haben, so geschah das in der sicheren Erwartung, daß sie zu dem im Vertrag vorgesehenen Termin ihr Ende finden. In dieser Hoffnung stehen wir uns durch die Nichterfüllung von Köln auf das bitterste geschnitten. Der ganze Verlauf der Angelegenheit zeigt uns klar, daß die Räumung mit anderen nicht im Vertrage als Vorbedingung einer Räumung festgelegten Umständen verknüpft ist. Dadurch gewinnt die Nichterfüllung der Räumung am 10. Jan. für das ganze besetzte Gebiet die größte Bedeutung. Es handelt sich nicht mehr darum, ob die Räumung Zone fröhlich oder einige Wochen später geräumt wird, nein, in Wirklichkeit steht hier die Frage, ob die Befreiung der rheinischen Gebiete ohne Rücksicht auf die ihre Zeit beanspruchenden Artikel des Vertrags dauernd bleiben soll. Die Ermöglichung und Witterkeit, die uns erhofft, wußt von Tag zu Tag, wenn wir sehen, wie vom Stande die Frage der Räumung behandelt wird. Ein Monat ist jetzt verstrichen seit dem 10. Januar und bis jetzt sind die Hände der Besatzungsmächte dem Deutsche Reich nicht mitgeteilt worden. Das Rheinland ist eines der ältesten Kulturgebiete Europas, aber mit Millionen Menschen, die das Rheinland bewohnen, verfährt man im Zeitalter der Demokratie wie mit einem Gegenstand im Inneren der Wüste. Die Rheinländer verlangen von den Völkern der Besatzungsmächte, daß sie die Räumungsfrage, die für das Geschick Europas entscheidend ist, mit der durch den Geist und die Bedeutung der Sache gebotenen Eile, mit aller Beharrlichkeit und im Sinne der wahren geistigen Abstützung, die für die Wohlfahrt ganz Europas unerlässlich ist, behandeln. Wir Rheinländer wollen eine der Verhältnisse Regelung tragende und eine vernünftige Freiheit Deutschlands und Befriedigung Europas erstrebende Politik.

Reichsfinanzler Dr. Luther

Erwiderte auf die Rede des Oberbürgermeisters: Das Rheinlands Schicksal ist Deutschlands Schicksal, des Rheinlands Freiheit ist Deutschlands Freiheit. Das ist die Auffassung der deutschen Regierung und die Ihnen anzuspochen — obwohl es für jeden Deutschen selbstverständlich ist — bin ich zu Ihnen gekommen. (Bravo.) Deutschland wird mit dem Rheinland immer Treue um Treue tauschen. Die deutsche Reichsregierung verfolgt erneut jene Not des besetzten Gebietes im vollen Bewußtsein der Tatsache, daß nun schon so mancher Jahr das Gebiet für ganz Deutschland leidet. Da ist die selbstverständliche Politik der deutschen Reichsregierung die folgende: Wir haben in unserer Arbeit dafür gesorgt, daß die Rheinlande nicht zu einer Reparationsprovinz wurden. Wir werden in unserer weiteren Politik dafür sorgen, daß die politischen Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und den Alliierten nicht zum Schaden des Rheinlands sich vollziehen. (Bravo.) Der deutsche Reichsfinanzler kann von der Frage der Nichterfüllung der nördlichen Rheinlandszone nicht sprechen, ohne immer wieder in die Welt hinauszurufen, daß die Grundlagen für die einseitige Entscheidung der Alliierten über die Nichterfüllung bis zum heutigen Tage nicht mitgeteilt wurden. Der Tatbestand ist also der, daß die Voraussetzungen für die Verhandlungen über die Räumung ausschließlich von Seiten der Alliierten nicht erfüllt wurden. Zu Verhandlungen, meine Damen und Herren, ist die deutsche Regierung, wie ich es bei jeder sich bietenden Gelegenheit ausgesprochen habe, bereit. Das Ziel der Verhandlungen aber, die wir mit allem Nachdruck erstreben, muß sein die schnellste Räumung der nördlichen Rheinlandszone, damit das Rheinland das erwirbt, was ihm nach dem Vertrage von Versailles zusteht. (Bravo.)

Ich habe in meiner Rede, die ich am 30. Januar vor aus- landischen Journalisten, also vor der Weltöffentlichkeit gehalten habe, an den französischen Ministerpräsidenten die Frage gerichtet: Ist der französische Ministerpräsident entschlossen, die nördliche Rheinlandszone sofort zu räumen, nachdem die Ver- einbarung der Deutschen etwas nachgewiesenen Verstöße in der Durchführung sichergestellt ist? Ich habe auf diese Frage eine Ant- wort bis heute nicht bekommen. (Hört, hört.) Wohl aber ist von politischer Seite in der französischen Presse ausgesprochen wor- den, daß die Räumung der Kölner Zone nicht etwa nur von der Entmörtungsfrage, sondern auch davon abhängig gemacht wer- den sollte, daß vorher ein besonderer Sicherheitspakt zwischen Frankreich und Deutschland zustande kommt. Ich kann nicht annehmen, daß in dieser Auffassung die Ansicht der französischen Regierung zum Ausdruck kommt. Immerhin muß ich bei der begründeten Be-

unruhigung, die über diese Frage nicht nur im besetzten Gebiet, sondern in ganz Deutschland besteht, folgendes bemerken:

Ich habe namens der deutschen Reichsregierung ausgespro- chen, daß die deutsche Reichsregierung bereit ist, an der Lösung der Sicherheitsfrage positiv mitzuwirken. Sollte man aber von der Lösung dieser Frage die Räumung abhängig machen, so muß dieser Gedanke, der keinerlei Begründung im Vertrage von Versailles findet, mit allem Nachdruck zurückgewiesen wer- den. (Sehr richtig.) Der Gedanke würde obenrein den Nieder- bruch der juristischen und moralischen Grundlagen für das Zu- sammenleben der Völker überhaupt bedeuten. (Sehr richtig.) Es wäre nicht nur das Gegenteil des Geistes, der zur Genug- tunung Deutschlands im Londoner Vertrag zum Ausdruck gekom- men ist, sondern es wäre überhaupt das Gegenteil des Geistes, der den internationalen Vereinbarungen, das Gegenteil des Gedankens der Sicherungsverträge selbst.

Denn auch diese Sicherungsverträge müssen eben, wenn sie ihren Zweck erfüllen sollen, unter dem Gesichtspunkt der Ab- stimmung vor den Verträgen stehen. (Sehr richtig.) Unter diesem Gesichtspunkt der Abstimmung vor den Verträgen müssen wir auch die Bestimmungen in Anspruch nehmen, die sich beziehen auf die Räumung der nördlichen Rheinlandszone und in denen von Sicherungsbedingungen nichts enthalten ist.

Es ist die Frage angehängt worden, ob alle Deutschen sich der Tragweite bewußt sind, um was es sich bei der Frage der Nichterfüllung handelt. Es ist nicht ohne zustimmenden Zu- ruf aus der Versammlung bemerkt worden, daß im besetzten Gebiete öfters die Auffassung bemerkt worden, daß im besetzten Gebiete öfters die Auffassung vertreten werde, als habe nicht ganz Deutschland in gleicher Weise die schwere Frage gekostet. Ich habe lange genug an den Grenzen des besetzten Gebietes gelebt und in enger Zusammenarbeit mit dem besetzten Gebiete gestanden, um die Zustimmung zu verziehen, die diese Frage- stellung hervorruft. Es ist gewiß richtig, daß gerade auch die Leiden des Alltags, die für das besetzte Gebiet eine so große Rolle spielen, nicht in ihrem ganzen Schwere überall in Deutsch- land mitempfunden werden. Aber, so sehr es auf einer Seite auch die Aufgabe der Reichsregierung ist, immer mehr dafür zu sorgen, daß jeder einzelne Deutsche sich aufs engste in jeder Be- ziehung verbunden fühlt mit seinem Volksgenossen und mit dem Rheinland, so muß ich doch auf der anderen Seite aussprechen, daß von der ungeheuren Bedeutung der großen Frage, um die es sich jetzt handelt, das ganze deutsche Volk doch mit Sicher- heit und wird es von Tag zu Tag mehr wissen, daß es sich bei der Lösung der Kölner Frage und bei der Lösung der Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandszone nicht um die Frage des besetzten Gebietes, sondern um die Frage Deutschlands han- delt. (Sehr richtig.)

Aus dem Geiste heraus, den ich im Rheinlande fühle, aus dem Geist, der das gesamte Schicksal über kleine und kleinste Hoffnungen setzen will, möchte ich von dieser Stelle aus die Bitte an ganz Deutschland richten, der gegenwärtigen Regie- rung die Bahn für die Arbeit frei zu öffnen. Dazu rechne ich auch, daß die häßlichen Verleumdungen zwischen den Mitgliedern des Kabinetts zu sein, eingestellt werden. (Bravo!) Dazu rechne ich auch, daß die Gegnerschaft gegen das Kabinett ausläßt in gehäffige Feindschaft. Wenn wir nicht die Grund- lage für unsere Zusammenarbeit überhaupt verlieren wollen, dann müssen wir in parlamentarischer Zusammenarbeit auch lernen, Gegnerschaft nur sachlich zu gestalten. Opposition ge- hört zum parlamentarischen Betrieb, Opposition darf aber nicht Feindschaft werden, wenn sich die gegenwärtige Regierung auf eine Mehrheit stützt und sich auf eine Mehrheit stützen muß, wenn nicht gerade darin der parlamentarische Grundgedanke unseres Staatslebens sich auswirkt, so lege ich doch ebenso großes Gewicht darauf, immer wieder zu betonen, daß diese Mehr- heitsbildung keinen Ausschluß der Anderen an der Mitarbeit bedeutet, die bereit sind, im staatsbeherrschenden Sinne mitzuarbei- ten. (Bravo!) Und da die ganz überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung zu solch staatsbeherrschender Mitarbeit bereit ist, so ist es gerade in der Stunde der Not die Aufgabe des führenden Reichsfinanzlers, nach seinen Kräften dafür zu sorgen, daß sich die deutsche Willensbildung auf so breiter Grundlage vollzieht wie irgend möglich, denn gerade mit solcher Arbeit wird man am besten dem großen Ziele der Befriedigung dienen, um die es sich für uns jetzt als erste Aufgabe handelt. (Beifall.)

Man könnte gerade nicht sagen, daß sich die Rede durch wesentliche positive Hinweise auszeichnete. Die Deffent- lichkeit hatte von Herrn Luther mehr erwartet als er zum besten gab. Er streifte wohl die Sicherheitsfrage, ohne jedoch über dieses Problem auch nur die geringsten po- sitiven Anwendungen zu finden. Das einzige, was er zu erklären wußte, war die Feststellung, daß jede Verknüpfung einer Lösung der Sicherheitsfrage mit der Räumung scharf zurückgewiesen werden müsse. Der zweite Teil der Rede, der sich mit der Innenpolitik befaßte, war nichts anderes als eine in diese Worte getell- tete Bittum gut Wetter an die Parteien, besonders an die Sozialdemokratie.

Köln, 9. Febr. Der Reichsfinanzler empfing heute nachmit- tag im Rathaus die Vorstände des Stadt- und Landkreises- bandes, den Vorstand des Wirtschaftsausschusses, Mitglieder der Gewerkschaften und Vertreter der Presse des besetzten Gebietes. Die Vertreter dieser Organisationen trugen dem Reichsfinanzler ihre Wünsche vor, auf die der Reichsfinanzler in wiederholten Äußerungen einging. Uebereinstimmend wurde dabei die No- wendigkeit der Herstellung eines Vertrauensverhältnisses zwi- schen den verschiedenen Wirtschaftskreisen, sowie zwischen Re- gierung und Volk betont. Insbesondere wurde dem Reichsfin- zler gegenüber der dringende Wunsch ausgesprochen, daß die Reichsregierung den materiellen Sorgen des besetzten Gebietes in personeller Weise ihr besonderes Augenmerk zuwenden möge.

Der Reichsfinanzler wird noch heute von Köln nach München abfahren, wo er morgen mittag eintreffen wird. Dort wird er nach verschiedenen Empfängen am Abend ebenfalls sprechen. Am Mittwoch wird der Finanzler in Stuttgart, Donnerstag in Karlsruhe sein.

Dr. Höfle legt sein Mandat nieder

Berlin, 9. Febr. Der Abgeordnete Dr. Höfle, frühe- rer Postminister, hat sein Reichstagsmandat nieder- gelegt.

Dr. Höfle, der schon seit 3 Wochen sein Mandat nicht mehr ausübt, dürfte demnach von der Fraktion des Zen- trums hierzu veranlaßt worden sein, die Entscheidung des Reichstages über die Immunität nicht abwarten wollte. Höfle hat zweifellos in unverantwortlicher Weise Postkredite vergeben und wird sich hierfür zu ver- antworten haben. Wie das „Berl. Tagblatt“ mel- det, richtete der Rechtsbeistand Dr. Höfles an den Ge- neralstaatsanwalt die Bitte, von der Erlas- sung eines Haftbefehls gegen Höfle Abstand zu nehmen, da Höfle nicht daran denke, sich dem ihm drohen- den Strafverfahren durch die Flucht zu entziehen. Der Anklagenwurf lautet demnach auf passive Bestechung und Amtsuntreue.

Die Kandidatur Marx als preussischer Ministerpräsident

Berlin, 9. Febr. Der interfraktionelle Ausschuss des preußi- schen Landtages, aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemo- kraten gebildet, beendete heute mittag gegen 2 Uhr seine Beratu- ngen über die Kabinettsbildung. Die Stellungnahme der Wirtschaftspartei steht noch nicht fest. Weitere Einzelheiten werden sich aus der für Dienstag vormittag einberufenen Fra- tionssitzung ergeben. Auch der interfraktionelle Ausschuss tritt am Dienstag vor der Vollziehung zusammen. Es ist höchst wahr- scheinlich, daß Dr. Marx, der die ihm angebotene Kandidatur bisher nicht endgültig angenommen hat, kandidieren und aus der Wahl als Ministerpräsident hervorgehen wird. Er hat in Gesprächen bereits zugestimmt, Severing und Braun in das neue Kabinett, falls es von ihm gebildet wird, aufzunehmen zu wollen.

Berlin, 10. Febr. (Eig. Fundbüro.) Die Äußerungen der Presse über die Kandidatur des Reichsfinanzlers Marx für das preuß. Ministerpräsidium sind im allgemeinen äußerst zurück- haltend. Die „Zeit“ hat heute überhaupt die Sprache verloren und in Andeutung dessen, daß für die Volkspartei die letzte Ent- scheidung in Preußen nicht sehr einfach ist, möglich auf ihre fort- gesetzten Drohungen verzichtet. Ausschließlich die „Germania“ nimmt zur Situation in Preußen Stellung und erklärt zum Schluß ihres Artikels: „Neue Krisen in Preußen können leicht schwere Rückwirkungen auf das Reich haben.“ Diese Worte der „Germania“ befragen nichts anderes, als daß die Zentrumsfra- tion im Reich nicht mehr daran denkt Herrn Luther des Re- gieren zu ermöglichen sobald die Volkspartei in Preußen ihrem „bewährten“ Zentrumsführer Dr. Marx erhebliche Schwierig- keiten bereitet, oder gar waagt, ihn zu stürzen.

Prozeß Simmelsbach

Berlin, 9. Febr. Nach dreitägiger Pause wurde heute der Simmelsbach-Prozeß wieder aufgenommen. Von den inzwischen geladenen Zeugen ist nur ein Teil erschienen; der andere hatte sich entschuldigt. Nach der Einleitend in die eigentliche Verhand- lung kam es zu erregten Auseinandersetzungen zwischen dem Braunkohlhändler Simmelsbach und dem Veltagen Herrn Bach beim beiderseitigen Rechtsbeiständen. Es folgte dann die Vernehmung der Zeugen.

Ermordung eines bolschewistischen Bluthundes

Riga, 9. Febr. (Eig. Draht.) In Rutais (Kaula- sus) ist der Leiter der öffentlichen Tscheka, Kutschuschidse, und mit ihm noch ein anderer Tschekist auf der Straße er- mordet worden. Kutschuschidse hat vom September v. J. bis zum Januar d. J. 122 Todesurteile vollstreckt lassen. U. a. wurden 9 Kurländische, ohne jegliche Untersuchung und Aburteilung, niedergeschossen. Sie sind bei dem Versuch, eine Telegraphenstation einzunehmen, gefangen genommen worden.

Die Nutznießer der Inflation

Von Robert Schmidt

In der Zeit der fortgeschrittenen Entwertung unserer Mark haben viele mit Geschick in skrupelloser Ausnutzung der Situation große Vermögen zusammengerafft und ihren Besitz mit nicht gerade einwandfreien Mitteln enorm erweitert. Da treten zunächst die Männer der großen Konzerne heroor, die heute als die führenden der deutschen Wirtschaft bezeichnet werden.

Wie war es möglich, daß in einer Zeit harter wirtschaftlicher Zerrüttung ein Aufbau der Konzerne in bisher unbekanntem Umfange sich vollzog und eine Kapitalkonzentration in den Händen einiger Industrieller sich anhäufen konnte, die weit über den normalen Gang der kapitalistischen Entwicklung hinausging? Das war nicht mehr der Profit aus den alten Unternehmungen, der Neuanlage auf dem Kapitalmarkt suchte, das waren auch keine Neugründungen von Unternehmungen, für die im Publikum gemorben wurde, sondern ein Zusammenraffen bestehender Gesellschaften unter die Gewalt einiger Industriemagnaten.

Niemand wird den Nachweis führen können, daß die Leiter der Konzerne, die Milliarden von Aktienkapital zusammenbrachten, dies aus ihrem eigenen Vermögen bestritten konnten. Die Herren haben es verstanden, ansehnliche Kredite flüssig zu machen, die ihnen die Möglichkeit boten, diese Herrschaft der Kapitalkonzentration aufzubauen.

Vor allem war es die Reichsbank, deren Leitung nie einen klaren Blick hatte für die in der Inflationsperiode nötigen Maßnahmen und die das Geld mit vollen Händen herausgab. Man gewährte Kredite, die nach einigen Monaten in erheblich entwerteter Mark zurückgezahlt wurden, man gewährte neue Kredite, die einen noch größeren Gewinn beim Fälligkeitwerden boten und so wiederholte sich der Raubzug mit immer gesteigerten Nutzen für den Schuldner. Mit diesen Krediten wurden die großen Aktienpakete aufgekauft, über die Gelder in Devisen angelegt, um gegen den Verfall der Mark gesichert zu sein. Es wurden Rohmaterialien gekauft, die nach einigen Monaten mit riesigem Nutzen veräußert werden konnten. Die ungeheure Nachfrage nach Devisen, die durch diese Transaktionen entstand, mußte auf dem Geldmarkt in Deutschland in immer schnellerem Tempo den Verfall der Mark herbeiführen. Dieser Vorgang erklärt, weshalb so viele ein Interesse an der sinkenden Baluta hatten. Die Banken waren mit in diesen Geschäftsgang verstrickt, sie entzogen sich diesem wüsten Treiben nicht.

In der Verwaltung der Reichsbank saßen die führenden Personen der Bankwelt, die sich gegen jeden Vorstoß, wertbeständige Kredite zu geben, wertbeständige Konten anzulegen oder wertbeständige Sachwechsel auszugeben, mit aller Entschiedenheit auflehnten. Erst mußte der große Raubzug mit all seinen Chancen für wilde Spekulation zu einer Höhe gelangen, die nicht mehr überboten werden konnte und die ein Ueberfließen des Betriebes deutlich erkennen ließ.

Den Aktiengesellschaften kam ferner zufluten, daß sie ihre Obligationsschuld mit ein paar Papiermark ablösten, die Hypothekengläubiger der Landwirtschaft und häßlichen Grundbesitzer traf das gleiche Los. So wurden Tausende von Sparern, die sich an der wilden Börsenspekulation nicht beteiligten und kaum achteten, was ihnen bevorstand, um ihr Vermögen betrogen.

Wenn aber jetzt von der Aufwertung die Rede ist, dann kommen die Parteien, die die Nutznießer der Inflation als ehrenwerte Parteigänger in ihrer Mitte haben, mit den glänzendsten Versprechungen. Der Kreis der hier genannten Schuldner lehnte jedoch die Aufwertung ab und sah es am liebsten, wenn die Reichsfinanzverwaltung mit dieser Aufwertung allein belastet würde. In der niederträchtigsten Weise versteht man es in der Reichspresse, diesen Betrug, der an den Gläubigern, den kleinen Sparern, vollzogen wurde, der Republik oder den Ministerien zur Last zu legen, an denen die Sozialdemokratie beteiligt war. Gedankenlos folgt die nicht geringere Teil des Publikums dieser Irreführung, weil ihm nicht bekannt ist, daß die Sozialdemokratie wertvolle Vorschläge zur Stabilisierung der Mark dem Ministerium unterbreitete, als die ersten Anzeichen des schnellen Tempos der Entwertung der Mark sich deutlich erkennen ließen. Alle diese Vorschläge sind an dem Widerstand der Industrie- und Bankwelt und nicht zuletzt der bürgerlichen Parteien gescheitert! Der Eingriff kam später und leider zu spät.

Man enttäuscht sich über die Fälle Barmat, Kautzler, Seehandlung, Landtschaftspandbriefbank usw. und freut sich, daß die großen Raffles nicht in den Fängen des Staatsanwalts hängen blieben. Ich habe keine hohe Meinung von Leuten, die in der Inflationsperiode zu diesen Vermögen gekommen sind, dies gilt ohne Ausnahme von allen Konzernen, ob sie Barmat, Stinnes oder sonst einen Namen führen. Auf einwandfreie Weise hat sich dieser Vermögenszuwachs nicht vollzogen und je größer er ist, um so gewiegteter und raffinierter sind die Geschäftspraktiken gewesen. Da sind nun bei der Stabilisierung der Mark einige zu Bruch gegangen. Das war vorauszu sehen, für keinen Volkswirtschaftler war es eine Ueberraschung. Das sind diejenigen, die sich in der Spekulation zu weit vorgewagt hatten und vielleicht auch strafrechtlich nicht mehr den Abstand innegehalten haben, der anderen mit Geschick gelang. Die angelegenen Führer der großen Konzerne haben zur rechten Zeit gekloppt und als sie nicht mehr bei der Reichsbank die Kredite bekamen, um ihre Unternehmungen zu konsolidieren, konnten sie es im Ausland mit einigem Erfolg betreiben. Sie sind die ehrenwerten Männer, die im Reichsverband der Industrie ihren Anhang es verstand, zeitig vom Judentum zur christlichen Kirche überzuwechseln und sich als

Rückendeckung die Mitgliedschaft zu rechtsstehenden Parteien sicherten. Das sind die Leute, die Geschäft und Politik in eins betreiben, die in den Ministerien ein- und ausgehen und auf deren Wort gehört wird. Das sind die Leute, die mit Leichtigkeit 700 Millionen für die notleidenden Industriemagnaten loder machen und die es verstanden haben, während der Ruhrbesetzung ihre Betriebe auf Staatskosten auszubauen und auch sonst im Nehmen immer die offene Hand haben.

Sonderbar, die rechtsstehende Presse entrüstet sich, daß ein Sozialdemokrat im Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft sitzt, als ob es an sich etwas Verwerfliches wäre, während in den Reihen der bürgerlichen Parteien Leute mit Dutzenden von Aufsichtsratsposten bedacht sind und aus diesen Stellungen ihren nicht gerade einfachen Lebensunterhalt bestreiten. Aber gut, man kann die Belehrung annehmen, und man wird es vom Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei nicht angenehm empfinden, einen solchen Posten, abgesehen von gemeinnützigen Unternehmungen, in den Händen von Parteigenossen zu sehen. Nur scheint es mir eine maßlose Uebertreibung, es so hinzustellen, als ob damit eine Verfehlung in der üblichen Weise konstatiert werden kann.

Die Ständepresse hat mit stiller Entrüstung darauf hingewiesen, daß Barmat 1920 Lebensmittel nach Deutschland einfuhr und dazu die Unterführung des Reichswirtschaftsministeriums, dessen Leitung ich damals inne hatte, verlangen konnte. Das Ministerium hatte unmittelbar mit der Einfuhr nichts zu tun, die Einfuhr wurde besorgt von den Reichsstellen und eine zeitlang von dem sogenannten „diffamatorischen Ausschuß“, in dem Vertreter des Finanz-, Verkehrs- und Wirtschaftsministeriums und der Devisenstelle saßen. Daß hier Barmat bevorzugt wäre, ist ausgeschlossen, ebenso wenig geschah es von den Reichsstellen. Vom Ministerium ist nie eine Anweisung ergangen, Barmat zu bevorzugen. Mit unserer Lebensmittelzufuhr war es damals schlecht bestellt. Der Abschluß von Geschäften wurde erschwert, da nicht die hinreichende Zahl von Devisen herbeigeschafft werden konnte, Kredite wurden uns im Ausland nicht gegeben. Bei der fürchterlichen Entbehrung an Fleisch und Fetten, die entstand, weil im Inland keine Vorräte waren, konnte man nur im Ausland kaufen. Holland und Dänemark waren die Länder, die auch während der Notade, die noch neun Monate nach Abschluß des Waffenstillstandes aufrechterhalten wurde, die Zufuhr ermöglichten. Die Reichsstellen machten den Versuch, direkt mit den Fleischereien in Amerika in Verbindung zu treten; das war nicht möglich, weil die Vertreter der Reichsstellen keine Einreiseerlaubnis erhielten.

Als dieses Hindernis später beseitigt wurde, konnte der direkte Abschluß erfolgen, und damit fielen die Verbindungen mit holländischen und dänischen Händlern fort. Es war ganz selbstverständlich, daß in den Reichsstellen jede Differenz geprüft wurde und annehmbare Angebote nicht zurückgewiesen wurden. Ich weiß nicht, ob Barmat große Aufschlüsse über die Reichsstelle gemacht hat. Mir ist indes keine Beschwerde zugeleitet über eine Beanstandung der Lieferungen Barmats, denn alle Wareneingänge wurden von Beauftragten der Reichsstellen gewissenhaft geprüft.

Einen Dienst hat uns Barmat damals geleistet, als er zu Geschäftsabschlüssen mit den Gemeinden im Industriebezirk und den Leitungen industrieller Unternehmungen überging. Wer die entsetzliche Notlage damals in Erinnerung hat und nicht zu den Selbstverleugern als Landwirt gehörte, weiß, was unsere Arbeiterbevölkerung zu ertragen hatte und wie schwer es an leitender Stelle wurde, die notwendigen Lebensmittel herbeizuschaffen. Heute ergeben sich leichtfertige Personen, die nie die Not des Volkes kennen lernten, in heuchlerischer Entrüstung, obwohl sie damals nicht das geringste unternahmen, diesen Notstand abzuhelfen. Die Deputationen aus diesen Kreisen hatten, wenn sie im Ministerium vorbrachen, nur die eine Sorge, die Preise in die Höhe zu schrauben, das andere ging sie nichts an.

Es ist eigenartig, wie schnell in der Bevölkerung alle diese Dinge vergessen werden. Und noch eins: Der Reichstag legte 1921 eine Kommission ein, die das Geschäftsgebahren sämtlicher Reichsstellen prüfte. Der Kommission ist laufend Bericht erstattet und hierbei wurden Beanstandungen wesentlicher Art nicht erhoben. Wäre Barmat bei den Lieferungen bevorzugt, so wäre das den Revisoren, die von der Kommission eingeleitet waren, sicher nicht entgangen. Hinzugefügt darf noch werden, daß die Lieferungen, die Barmat für Sachfen übernahm, seinerzeit Gegenstand einer eingehenden Untersuchung einer vom sächsischen Parlament eingeleiteten Kommission wurden, ohne daß irgendeine Verfehlung festgestellt wurde. Im übrigen, daß Barmat Jude ist und aus Rußland stammt, wäre für mich nie ein Grund gewesen, anzunehmen, daß mit Barmat jede Geschäftsverbindung unterbrochen würde. Ich habe in meiner Tätigkeit im Ministerium bei Beschwerden über Geschäftsabschlüsse unlaubere Gesellen kennen gelernt, die auch dem üblichen Stjuden noch als Lehrmeister dienen könnten.

Möglich, daß Barmat später strafrechtliche Verfehlungen begangen hat. Aber als damals die Geschäfte abgewickelt wurden, ist mir von keiner Stelle, auch von keiner Gemeinde oder einem Industriellen, die mit ihm geschäftlich in Beziehung traten, eine Verfehlung bekannt gegeben. Eine auf Tatsachen beruhende Behauptung hätte genügt, um ihn hinauszuwerfen. Kein Kaufmann ist im Geschäftsleben sicher, daß er in Beziehungen zu jemand tritt, der sich nachher als unzuverlässig herausstellt. Bisher aber fehlt der Nachweis, daß sich die Reichsstellen durch die mit Barmat abgeschlossenen Lieferungen bereichern ließen. Was nachher von Barmat unternommen wurde, steht auf einem ganz anderen Blatt und ist nicht

mehr in Verbindung zu bringen mit der Lebensmittelzufuhr, die unter scharfer kaufmännischer Kontrolle stand. Zudem waren wir damals froh, daß wir Lebensmittel bekamen, im Uebermaß wurden sie uns nicht angeboten. Bemerkenswert sei, daß bei den umfangreichen Geschäften, die die Reichsstellen damals abschlossen, viele Beschwerden aus parlamentarischen Kreisen an mich gelangten, die eingehend geprüft wurden, aber ich erinnere mich nicht, daß ich nötig hätte, in die Geschäftspraxis der Reichsstelle einzugreifen. Zudem waren die Geschäftsabteilungen der Reichsstellen auch von Vertretern der Industrie und des Handels besetzt, die schon ihre Interessen wahrten.

Die Behauptung, in der deutschnationalen Ständepresse, daß ich mit Barmat in persönlichen Beziehungen stand und die Andeutung, daß daher seine Lieferungen begünstigt wurden, ist frei erfunden; es ist das die niederrichtige Art der Verleumdung, die jener Presse eigen ist. Grundfährlich habe ich jeden Verkehr mit Personen abgelehnt, die Lieferungen für die Reichsstellen übernahmen. Geschäft und Politik müssen für den verantwortlichen Leiter eines solchen Ministeriums getrennte Dinge sein.

Der Luther- und Stresemann-Standal

Alle Welt redet von Barmat — aber auch Luther und Stresemann haben ihre Stände, wie sie schlimmer nicht sein können. Die rechtsgerichtete bürgerliche Presse ist dennoch taub! Sie berichtet nichts von den Beziehungen unseres Außenministers zum Spritz-Weber, nichts von den Subventionen dieses Betrügers für die Volkspartei und die „Zeit“. Sie sind blind gegenüber dem Goldkauf-Standard und Luther, während die während der 715 Millionen an die Schwerindustrie und die Entschuldigungen über den Verbleib von zwei Goldmilliarden der Ruhrhilfskasse für sie nur eine „sozialdemokratische Lüge“ sind.

Langsam aber vernimmt das Volk trotz der „Ständepresse“, was gespielt wird. Was soll die Regierung machen? Sie läßt Berichtigung auf Berichtigung los, wenigstens nennt sie ihre geistigen Kräfte gegen die Angriffe los, obwohl es eigentlich nur Ausreden sind. Da äußerten sich z. B. die amtlichen Stellen am Samstag über die Tätigkeit der Ruhrhilfskasse. Dieser Standal ist nach der amtlichen Darstellung mehr als harmlos — ja harmloser noch wie Stresemann. Der Kern der Geschichte soll sein, daß nicht zwei Milliarden, sondern nur zehn Millionen Goldmark-Kredite gewährt wurden, und zwar erst dann, wenn der Nachweis erbracht worden ist, daß die eigenen Mittel erschöpft waren und andere Kreditquellen nicht mehr zur Verfügung standen. In Papierkrediten sollen überhaupt nur Summen im Werte von 300 000 Goldmark abgegeben worden sein.

Das ist die positive Seite der amtlichen Nichtstelligung. Wichtiger ist für uns die negative Seite, also das, was nicht gesagt wird. Die Regierung, hütet sich über den Termin der Kreditabgabe etwas zu sagen und verzichtet natürlich erst recht darauf, den Umrechnungssturz zu nennen. Auch ist es für sie ganz selbstverständlich, daß heute noch Kredite ausstehen, obwohl ihre Vergebung bereits vor zwei Jahren erfolgte. Im übrigen möchten wir bezweifeln, daß nur 10 Millionen Mark Kredite ausgehändigt worden sind und endlich scheint uns eine Aufklärung über das Verhältnis der Ruhrhilfskasse zur Reichsbank mehr als erforderlich zu sein. „Erst dann wird man — wie das „Berliner Tageblatt“ mit Recht sagt — wirklich leichter den Hunderten von Millionen Goldmark auf die Spur kommen, die der Ruhrindustrie in Papiermarkkrediten gewährt wurden und die das Reich so gut wie völlig durch die forcierte Geldwertwertung eingebüßt hat.“

In der Goldkauf-Affäre ist Herr Stresemann natürlich ebenso unschuldig wie an dem Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung und an der Aufrechterhaltung des Besatzungsregiments in der Kölner Zone. Schuldig ist allein der Kollege von gestern, der Postminister Dr. Hoesche. Er soll in leichtfertiger Weise gegen den Willen des Reichsfinanzministers Stresemann Postkredite vergeben haben — aber die Empfehlung Stresemanns für die Betrüger in der Handels- und Depostbank bleibt trotzdem bestehen, und sie hat zweifellos auch ihren Erfolg gehabt. Trotz allem wird ausschließlich Dr. Hoesche an den Galgen geliefert und wenn nicht alles trägt, dürfte er Mitte dieser Woche bereits in das Untersuchungsgefängnis Moabit eingeliefert werden. Bergessen wir nicht: es gibt eben in Deutschland noch Staatsanwälte und Richter, wenn es sich darum handelt, Personen zu erledigen, mit deren Straftaten man gegen die Republik haushieren gehen kann. Stresemann aber bleibt frei, er bleibt Minister!

Die Verteidigungsmethode der Reichsregierung

für jene Stände, die ohne Reichsbehörden unmöglich gewesen wären, wird von Tag zu Tag erschlicher. Kluglich behaupten die amtlichen Stellen, daß die 700 Millionen für die Ruhrindustrie ein Gottes Willen nicht etwa eine „Entschädigung“ für angeblich im Zusammenhang mit der Ruhrbesetzung erlittene Schäden darstellen, sondern als Bezahlung für die nicht nur von der Schwerindustrie, sondern auch von der übrigen Wirtschaft der besetzten Gebiete geleisteten tatsächlichen Reparationsleistungen an die Besatzungsmächte gelten. Es ist kaum acht Tage her, da sprach die Regierung

folgt des Vorgehens der Demokraten und Sozialdemokraten sei jetzt eine andere Aufgabe in den Vordergrund getreten. Jetzt handle es sich darum, das unsere außenpolitischen Beziehungen nicht zum Spielball parlamentarischer Leidenhaftigkeiten gemacht werden. (Großes Gelächter links und in der Mitte.) Deshalb hätten auch diejenigen seiner Freunde, die Gegner des Vertrages seien, sich entschlossen, dafür zu stimmen. (Schallendes Gelächter links und in der Mitte.)

Abg. Dittmann (Soz.) stellt unter der Beileitung der Linken fest, daß die sozialdemokratische Erziehungsarbeit bei den deutschnationalen Erfolg gehabt habe. (Lachen links.)

Abg. Koch-Weser (Dem.) beantragt, die Rede des Abg. v. Treutler-Lorinshoven zum öffentlichen Anschluß zu bringen. (Große Beileitung.) So nun habe noch niemand die Verantwortungslast seiner Denkwürdigkeit dem Reichstag öffentlich darzulegen. (Lachen rechts, lebhafter Zustimmung links.) Der Zweck des Vorgehens der Demokraten sei, die Robheit der deutschnationalen Agitation, die sich seit 5 Jahren breit mache, einmal öffentlich hier festzustellen. (Zustimmung links und in der Mitte, Gelächter rechts.)

Abg. Graf Weizsäcker (D.) erklärt sich damit einverstanden, daß die Rede seines Parteifreundes zur Weiterverbreitung im Lande angeschlagen wird. (Beileitung rechts.) Das wird vielen Leuten die Augen öffnen. Sein Parteifreund habe keinen subjektiven Vorwurf eines Verstoßes gegen die Ehre des Reiches erhoben, sondern von einer objektiven Schädigung gesprochen. (Gelächter links.) Dem Volke werden die Augen geöffnet werden über den Jovinismus der Demokraten und Sozialdemokraten, eine Frage der auswärtigen Politik lediglich zu entscheiden nach innenpolitischen und tatsächlichen Umständen. (Zustimmung rechts, Lachen links und in der Mitte.)

Die Abstimmung über Artikel 1 ergibt die Annahme des Vertrages mit 224 gegen 129 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung. Dagegen stimmen die Sozialdemokraten, die Kommunisten und die Nationalsozialisten. Die Vorlage wird darauf auch in der 2. Lesung und in der Schlussabstimmung angenommen, ebenso die Entschließung zugunsten der Staatsrat.

Darauf tritt Beratung des Hauses bis Dienstag nachmittag 2 Uhr ein: Reichsarbeitsministerium. Schluß 7 Uhr.

Tagung der nichtverwendeten Schulkandidaten und Schulkandidatinnen

Die Notlage der im Schuldienst nichtverwendeten Schulkandidaten und Schulkandidatinnen hat in den letzten Jahren nicht nur die breite Öffentlichkeit, sondern auch die zuständigen Behörden und die Parlamente der verschiedensten deutschen Länder beschäftigt. Auch in Baden ist die Not der Nichtverwendeten so unerträglich geworden, daß zum mehr durchgreifende Maßnahmen nicht länger aufgeschoben werden können. Über 800 Schulkandidaten und Schulkandidatinnen warten auf Verwendung im Volksschuldienst, für die geringe Aussicht auf baldige Besserung ihrer Anstellungsmöglichkeit bestehen, wenn nicht die geltenden schulpflichtigen Bestimmungen geändert werden.

Im diesjährigen Jahre über ihre Lage aufzuklären und um auf die maßgebenden Kreise einzuwirken, rief der Badische Lehrerverein zusammen mit dem Verein badischer Lehrerinnen die nichtverwendeten Schulkandidaten und Schulkandidatinnen Badens zu einer gemeinsamen Kundgebung nach Karlsruhe zusammen. Aus dem ganzen Lande strömten die Betroffenen herbei, um ihrer Not Ausdruck zu verleihen. Vertreten waren von den Behörden das Unterrichtsministerium, das Finanzministerium, ferner die meisten Fraktionen des Landtags.

Der Obmann des Badischen Lehrervereins eröffnete kurz nach 11 Uhr die Tagung. Er führte aus, daß die Kundgebung keineswegs den Charakter einer Protestversammlung trage, sondern daß in eindrucksvoller Form die Not der im Schuldienst Nichtverwendeten darzulegen werden solle, eine Not, die nicht nur die Betroffenen angehe, sondern zugleich in ihrer ungeheuren Weiterentwicklung die Schule und das Volk auf das empfindlichste schädige. Im Auftrag des Vereins badischer Lehrerinnen zeigte Oberlehrerin Fräulein G. U. de. Mannheim der Versammlung ebenfalls die Auswirkung der Junglehrernot auf Schule und Volk. In überaus berebten, von hohem Idealismus getragenen Ausführungen stellten einige Nichtverwendete der Versammlung ihre große seelische und wirtschaftliche Not vor Augen. Die Ausführungen dieser Redner (E. H. A. H. Heidelberg, S. D. Lindlinger, Heidelberg, K. A. Freyburg und Fräulein Sch. Freyburg) gaben zusammen ein erschütterndes Stimmungsbild von der seelischen Verfassung dieser jahrelang ihrer gewählten Berufsaufgabe durch die Ungunst der Verhältnisse entzogenen jungen Menschen. Die Sehnsucht, aus der Berufsferne in die Berufsh Heimat war der Grundton, auf den ihre Darlegungen gestimmt waren. Es war erbebend zu hören, welch hohes Maß von Berufsbegeisterung sie sich trotz der Härte ihres Schicksals bewahrt haben. Anschließend gab Hauptlehrer Lindenfelder-Heidelberg einen eingehenden, gefühlsvollen Überblick über den derzeitigen Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Anstellungsverhältnisse. Er zeigte das Mißverhältnis zwischen der Masse der ausgebildeten Lehrkräfte und der Zahl der nach den schulpflichtigen Bestimmungen vorhandenen Stellen.

Hauptlehrer K. M. E. in a. n. n. V. P. Forstheim zeigte in einer Fülle von Vorschlägen die Möglichkeiten aufgrund einer Veränderung einiger Bestimmungen des Schulgesetzes einen weiteren Stellenrückgang einhalt zu gebieten und andererseits Anstellungsmöglichkeiten für die Nichtverwendeten zu schaffen. Neben diesen Vorschlägen, die eine Vermehrung der Schulstellen bezwecken, gab er eine Reihe von Anregungen, deren Verwirklichung geeignet ist, die Nichtverwendeten in Verbindung mit ihrer künftigen Berufsaufgabe zu bringen und ihre wirtschaftliche Lage erträglicher zu gestalten. Zum Schluß zeigte Oberlehrer K. A. Freyburg die großen Schwierigkeiten, die einer solchen Lösung der Frage der Junglehrernot entgegenstehen, wies aber auch auf die verhängnisvollen Auswirkungen dieser Not auf das gesamte Erziehungswesen hin. Junglehrernot ist Schulnot und Schulnot ist Volknot. In eindringlichen Worten ermahnte er die Nichtverwendeten, über ihre schwere Notzeit hinweg, sich den Schwung der Begeisterung zu bewahren und sich durch un-

ermüdetes Arbeiten an sich selbst für die künftige Berufsarbeit tauglich zu erheben.

Die amiesenden Abgeordneten, die infolge der vorgeschrittenen Zeit leider nicht mehr zu Worte kommen konnten, ließen erkennen, ihre Antwort im Landtag erteilen zu wollen. Der Leiter der Versammlung schloß die eindrucksvolle Kundgebung, die sich auf die Richtung auf die Öffentlichkeit und die maßgebenden Behörden nicht verfehlen wird, nachdem folgende Entschließung einstimmig angenommen worden war:

Die am 8. Februar 1925 in Karlsruhe tagenden über 600 nichtverwendeten Schulkandidaten und Schulkandidatinnen rufen Regierung und Landtag sowie die ganze Öffentlichkeit zur Abstellung ihrer außergewöhnlichen Notlage auf. Über 800 Anwärter warten z. T. schon seit Jahren auf Verwendung im Schuldienst. Viele sind fesseln und hilflos; viele können nur notdürftig durch berufsfremde Arbeit ihr Leben fristen. Der seelische Druck, der infolge dieser unheilvollen Lage auf allen lastet, droht den Lebensnerven zum Schaden der künftigen Schularbeit zu gefährden. Dabei bieten die badischen Schulverhältnisse reichliche Arbeitsgelegenheit. Unerfüllte Klassen infolge der auf einen Lehrer entfallenden zu hohen gelehrten Schülerzahl, ungenügend wirkende Zusammenfassungen von Schulfächern und Klassen in Form des Kombinationsunterrichts, geringe Unterrichtszeit u. a. m. verlangen insbesondere im Interesse der Laubbäume gebieterisch eine durchgreifende Reform der badischen Volksschulgesetzgebung. Damit wird zugleich eine Verwendung von vielen der z. T. noch drückenden jungen Lehrkräfte ermöglicht. Zur Unterstüßung dieser Maßnahme ist weiterhin die sofortige Verbindung der Nichtverwendeten mit ihrem künftigen Beruf auch vor ihrer Anstellung unerlässlich. So liegt es ob der endlich ersehnten Verordnung über die Befähigung der Kandidaten im Schuldienst ist, muß sie doch in ihrer Wirkung daran scheitern, daß sie auf die wirtschaftliche Notlage der Nichtverwendeten in keiner Weise Rücksicht nimmt. Eltern und sonstigen Unterhaltspflichtigen, die sich zumeist selbst in bedürftigen wirtschaftlichen Verhältnissen befinden, darf nicht weiterhin die ganze Last des Unterhalts für die zu einer staatlichen Berufsaufgabe Vorbereiteten aufgebürdet werden.

Die Besserung der Lage der Nichtverwendeten verlangt daher:

1. Die Erhaltung der an der Volksschule z. T. errichteten Lehrerklassen, um weiteren Entlassungen vorzubeugen, und darüber hinaus;
2. die Änderung des § 26 des Schulgesetzes zwecks Herabsetzung der auf einen Lehrer entfallenden Schülerzahl.
3. Eine unteilige gleichzeitige Anstellung innerhalb des einzelnen Semesters;
4. Ausbau der vor wenigen Tagen erlassenen Einführungsverordnung für Nichtverwendete mit dem Ziel der Verpflichtung zur Teilnahme und
5. die Sicherung dieser Maßnahme durch Bereitstellung geeigneter Mittel im Staatsvoranschlag zwecks Gewährung von monatlichen Unterhaltszuschüssen oder Beihilfen.

Aus der Partei

Dagsfeld. Nachdem der hiesige Ortsverein der Soz. Partei im Januar eine in allen Vorfragen gut besuchte Vortragreihe über „Sozialpolitik“ veranstaltet hat, wird er auch auf Wunsch vieler Parteigenossen im Februar noch 2 Vorträge stattfinden lassen. Deren Themen genau so bedeutungsvoll für die geistige Entwicklung der Arbeiterklasse sind wie das erste Thema. Der erste Vortrag „Der Genosse Schulmeister“ hat in Karlsruhe über „Christentum, Nationalismus und Sozialismus“ findet am heutigen Mittwoch, 11. Febr., abends 7 1/2 Uhr, im Rathhaussaal statt. Es wird zu erwarten, wenn die Parteigenossen ihre Frauen und Töchter an diesem Vortrag mitbringen werden, denn über diese Fragen herrschen auch bei den Frauen unserer Genossen noch verschiedene Meinungen. Auch sonstige Männer und Frauen, die sich für dieses Thema interessieren, hauptsächlich „Volksgenossen“, sind herzlich willkommen. Nach dem Vortrag Mitgliederversammlung.

(I. I.) Europäische Sozialisten in Amerika. Seit einem Jahr erscheint in New York als Zentralorgan der amerikanischen sozialistischen Partei das von James O'Neal geleitete Wochenblatt „The New Leader“. Aus Anlaß des einjährigen Bestehens dieses Blattes fand am 29. Januar in New York eine feierliche Zusammenkunft statt. Außer den Führern der amerikanischen Partei, von denen Morris Hillquit, Viktor L. Berger und Norman Thomas sprachen, nahmen der Veranstaltung auch zwei europäische Sozialisten als Redner teil, die sich gerade auf Vortragstourneen in Amerika aufhalten. Der eine ist Professor Alfred Zimmermann, ein angesehenes Fachmann in Fragen des Völkervertrages und Mitglied der Labour Party, der andere Genosse N. Abramowitz, der Vertreter der russischen Sozialdemokratie in der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale.

(I. I.) Die Schweizer Partei und die Internationale. Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei der Schweiz hat beschlossen, im Zusammenhang mit der Vorbereitung des kommenden Parteitages die Frage des Beitritts zur S.A.P. auf die Tagesordnung seiner nächsten Sitzung, die im Monat April stattfindet, zu stellen.

Die Republik — der Staat der Arbeiter. Die Reaktion will den deutschen Arbeitern die Republik, den Staat, den sich die Arbeiter selbst geschaffen haben, vereiteln. Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches hat sich die deutsche Arbeiterklasse nach Gesetzen der Demokratie einen eigenen, ihren Staat geschaffen. Jetzt soll sie aus ihrem Besitz verdrängt werden. Die Reaktion will zeigen, daß sie auch die Republik für sich in Anspruch zu nehmen vermag, sie will so die Arbeiterklasse aus vor der Republik bezweifeln machen. Solche Absicht darf den Feindern, den Ausbeutern, den Grundbesitzern, den Großgrundbesitzern, den Grundbesitzern nicht gelingen. Festen Willens muß die Arbeiterklasse sich darauf besinnen, was sie für ihren Staat, für ihr Vaterland geleistet hat in vier Jahren blutigen Krieges, in fünf Jahren bitterer Nachkriegszeit und aus solcher Erinnerung muß eifriger der Entschluß wachsen, dieses neue Deutschland, für das die Arbeiterklasse so unendliche Opfer brachte,

unter allen Umständen gegen Ansprüche der Reaktion zu verteidigen und den jungen Staat der Republik für das Volk zu retten. Für Volk und Vaterland wird die deutsche Arbeiterklasse an besten dann einsteigen, wenn sie sich selbst behauptet.

Zu solcher Erkenntnis hat der Genosse Scheidemann ein handfestes Buch zusammengestellt, ein Erinnerungsbuch und zugleich ein Vorwort in neue Zukunft. „Für Volk und Vaterland“ hat Scheidemann dieses Buch genannt (erschienen am Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin). Er gibt darin einen Auszug aus all den entscheidenden Reden, Kundgebungen und Erklärungen, mit denen die Sozialdemokratie von Kriegsbeginn an die schweren Opfer der Arbeiterklasse begründete, zugleich aber auch ankündigte, daß solche Opfer entscheidende Fortschritte bedeuten. In der zusammenfassenden Form, in der Scheidemann, wohl der beste Kenner dieses vielfältigen Stoffes, durch Dokumente die wichtigsten Ereignisse und Nachkriegspolitik der Sozialdemokratie belegt und begründet, erhält die Arbeiterklasse ein Mittel, ihr Verhalten während des Krieges und während der Nachkriegszeit gegenüber jedem Gegner zu rechtfertigen.

Gesekwidrige Steuerveranlagung zu Ungunsten der Arbeitnehmer

Die außerordentlich hohen Kirchensteuererlöse des Jahres 1923 wurden durchweg mit der Unmöglichkeit einer richtigen Veranlagung zur Einkommensteuer bedingt. Für das Infationsjahr 1923 mochte dieser Einwand zur Geltung kommen, nicht aber für das Jahr 1924. Vom Anfang des Jahres an wurden sowohl die Löhne und Gehälter, wie auch die Steuerabzüge nach Goldmark berechnet. Bei allen Lohn- und Gehaltsaufschlägen ist also das Steuerbare in Goldmark genau festzustellen und deshalb auch eine dem Gesetz entsprechende Veranlagung zur Kirchensteuer möglich. Die Finanzämter brauchen nur ihre gesetzliche Pflicht, die Arbeitnehmer zur Einreichung der Nachweise über die von ihnen vorangegangenen Steuerabzüge anzubahnen, zu erfüllen. Dies ist schon zur Kontrolle der richtigen Abführung der abgezogenen Beträge notwendig. Statt dies zu tun, wenden die staatliche und kirchliche Behörden direkt gesekwidrige Veranlagungsmethoden an, wie nachstehend, an ein Finanzamt gerichteter Erlaß zeigt.

Vertraulich!

Die Finanzämter erhalten Kundschreiben des katholischen Oberkirchenrats vom 12. Januar 1925 Nr. 475 und Evangel. Oberkirchenrats vom 13. Jan. 1925 Nr. 372 zur Kenntnis. Das durch geregelte Verfahren bei der Erhebung der Landes- und Ortskirchensteuer 1925 beruht auf einer Vereinbarung zwischen den genannten kirchlichen Zentralstellen, dem Bad. Kultusministerium und dem Landesfinanzamt Karlsruhe.

2. Da die Einkommenserklärung der Lohnsteuerpflichtigen für das Jahr 1924 nicht festgelegt wird, bleibt nichts anderes übrig, als auch in Baden zu dem System der Pauschierung der Einkommenserklärung bei der Kirchensteuer überzugehen. Die Kirchensteuergruppen werden vom Reichsfinanzministerium festgelegt und, sobald sie festgelegt sind, in der Steuererklärung der Lohnsteuer, den Finanzämtern mitgeteilt werden.

Zu dem, was über die Bildung und Tätigkeit der Ausschüsse die die Einkünfte vorzunehmen haben, gesagt ist, wird bemerkt, daß diese Ausschüsse auch die Einsetzung der Iraciten und Altkatholiken vorzunehmen haben.

Die Ausschüsse sollen nur von Zeit zu Zeit zusammenzurufen werden, um über die vorgenommenen Einsetzungen zu beschließen und in zweifelsfällen Fällen zu entscheiden.

Die Ausschüsse sind auch zur Erledigung von Beschwerden wegen der Einkünfte zuständig.

Die Einkünfte kann nur auf Grund der in einem Bescheid in Kraft befindlichen Lohn- und Gehaltsabzüge vorgenommen werden. Das Erlaß muß dabei sein, daß die Finanzämter sich diese Unterlagen verschaffen, und daß sich die Beamten und Hilfskräfte, die die Einkünfte vornehmen, mit diesen Unterlagen gründlich bekannt machen. Ueber Schwierigkeiten wird man vielfach durch Zuschriften an der bisherigen Kirchensteuerlisten hinwegkommen können.

Wofür steht das, infolge der Lohnsteuer bis auf den letzten Pfennig ermittelte, Einkommen der Veranlagung zur Kirchensteuer zu Grunde zu legen, sollen die Lohnsätze der Tarifverträge ideematisch anzuwenden werden. Wo leben denn eigentlich die Erfinder derartiger Methoden, auf dem Mars oder dem Mond? Auf der Erde sicher nicht. Ist ihnen denn gar nichts davon bekannt, daß Sündenstrafen für die Arbeitnehmer große Teile des Jahres überhaup nicht verdienen zu halten und daß es hundert von hundert Lohnnehmern gibt, die aus der Erwerblosigkeit nicht einen Pfennig dadurch herausbringen, daß sie Arbeitnehmer zum Arbeiten unter den Tariflöhnen zwingen? Wie denken sich eigentlich die Verantwortlichen die Erhebung von Beschwerden? Werden sie sich vielleicht ein, daß die Erhebung derselben weniger Zeit in Anspruch nimmt, als eine von vornherein genaue Veranlagung?

Wir verlangen daher mit allem Nachdruck, daß dieser gesekwidrige Erlaß sofort zurückgezogen wird, und daß die Veranlagung zur Kirchensteuer nur nach dem wirklichen steuerbaren Einkommen erfolgt. Auch bei dieser Veranlagungsmethode werden noch genug Särten vorfinden. Die Einkommensverhältnisse fast aller Lohn- und Gehaltsempfänger sind heute derart ungenügend, daß sie eine weitere Kürzung nicht mehr vertragen. Es geht also keinesfalls an, sie auch noch durch ungesetzliche Steuermanipulationen noch weiter zu verdrücken.

An alle Arbeitnehmer richten wir die dringende Aufforderung, in allen Fällen, in denen eine zu hohe Veranlagung zur Kirchensteuer vorliegt, Widerspruch zu erheben und diese zu erheben. Sie sollten sich dadurch vor Schaden und Sorgen gleichzeitiger Erheblichkeit wahren, damit in Zukunft nicht fortwährend Unternehmern aufbe die Steuerveranlagung nach Willkür statt nach dem Gesetz vorgenommen werden.

Der Landesauschuß Baden des A.D.G.B.

Im Winter

schafft ein Teller wärmender Suppe behagliches Wohlfühl. Reich und ohne Umstände bereitet man die feinsten Suppen mit Maggi's bekannten Suppenwürfeln. (12 Pfg. für 2 Teller). 26 Sorten wie Gerstenaufsalz, Erbsen, Blumenkohl, Windsor, Reis, Grünkern, Königin, Tomaten, Pilz und andere bieten reiche Abwechslung.

Kochen Sie zu Ihrem eigenen Vorteil

Maggi's Suppen-Würfel



Die Maggi-Gesellschaft hat ihre Erzeugnisse der Kontrolle des Directors des Hygienischen Instituts der Universität Berlin. Geheimrat Professor Dr. Martin Dabau, unterstellt.

Unterhaltung und Belehrung

Die Flüchtlinge

Roman von Johannes Linnankoski
Nachdruck verboten.

(Fortsetzung)

Während er da ruderte und das Boot vorwärts stieß, sah er das Mädchen immer noch am Ufer stehen und mit zusammengestrampften Händen bitten. Woran es auch lag, mitten auf dem See änderte er die Richtung und begann in einem großen Kreis herumzurudern, während das Wasser vorn immer schäumte.

Er ruderte einmal, ruderte ein zweites Mal im Kreise herum. Da fühlte er: mein Leben ist wie dies hier, ein Herumdrehen auf demselben Fleck, ohne Vorwärtstommen. — Nein, jetzt mach ich ein Ende, es muß doch gehen!

Er ließ die Ruder ruhen und stand auf — ein Augenblick, und er war alles los!

Doch sein letzter Blick streifte wie aus Versehen das Ufer. Dort stand Hanna, vorwärtsgerichtet, wie wenn sie sich ebenfalls ins Wasser stürzen wollte. Er hörte sie auch etwas rufen, aber es klang ihm so in den Ohren, daß er nicht unterscheiden konnte, was es war.

Da fühlte er, daß er es ja nicht konnte — vor jenem Mädchen — und um des Mädchens willen.

Er ergrimmte, daß ihm der Weg zur Rettung so absehbar war und daß er in die frühere Qual versinken mußte. Ohne etwas dabei zu denken, riß er sich die Tadeln und warf sie in das Boot, setzte sich und griff abermals nach den Rudern.

Er begann mit der Hitze des Zorns und Verzweiflung zu rudern. Das Boot sprang auf und schwankte — er wackelte und streckte sich wie ein weißer Schatten — das Boot begann von einer Seite zur anderen, die Ruder rasselten, das Wasser löste schäumend — er stürzte immer weiter vorwärts, vorwärts auf der ziellosen Bahn der Verzweiflung.

Er hatte einen Bogen nach dem anderen gerudert, ohne den Kopf zu heben, ohne zu wissen, wo er war. Da rief er durch das Brausen eine Stimme — und unterließ die Worte: „Gott wird helfen — Gott läßt uns eine Last auf — Gott wird tragen helfen!“

Es waren ihm stumpfe Worte, aber er war so erschüttert, daß die Ruder ihm wie von selbst aus den Händen fielen. Er blickte auf und bemerkte, daß er nahe am Ufer war. Das Boot hatte sich umgedreht und ging nun darauf zu. Er selbst sah kraftlos auf der Ruderbank.

Das Boot glitt von selbst fast bis an das Ufer. Hanna saß in das Wasser, sah die Spitze und zog es daran ans Land.

Er fühlte sich zu Tode ermüdet.

Als er schließlich ans Ufer trat, schwankte er — tat einige Schritte — fiel vornüber — griff mit beiden Händen in das Gras, so daß seine Finger tief in die erdumwundenen Wurzeln drangen — und zog sich fest an den Boden — aus dem Gras begann ein Schluchzen zu kommen.

Das Mädchen ließ sich neben ihn nieder — weinend, leise sprechend und wieder weinend.

Kesitalo fuhr gemächlichen Schrittes den Zaunweg zum Gut entlang und blickte unruhig nach dem Hofplatz. Draußen war niemand zu sehen.

Sie kamen bereits zu dem Speicher. Noch niemand, nie einmal Hanna!

„Wiesicht zeigt sich Untela, wenn wir vor der Tür sind“, tröstete er sich.

Niemand. Die Kommenden blickten sich ins Gesicht, Kesitalo wurde von Angst erfaßt. Nachdem er den Hofraum heruntergesehen, spannte er das Pferd nicht aus. Er ging aus einem Zimmer in das andere — keine Menschenleere. Seine Knie begannen zu zittern.

Da blickte er, wie das Schilmmie fürchtend, durch das Fenster nach dem See. Dort stand Untela ganz nahe am Ufer — die Hände in den Taschen, zusammengekauert, im Boden sehend. Nicht vor ihm befand sich Hanna, mit beiden Händen an Untelas Tadelnknöpfen und, wie es schien, leise zu ihm redend.

Kesitalo begriff doch etwas gesehen war und daß es etwas noch unentwickelt. Doch tröstete es ihn, daß Hanna dabei war.

In demselben Augenblick kam die alte Frau unruhig herein. Kesitalo winkte sie zu sich und wies nach dem Hof hinunter.

Sie sah Untela und Hanna zusammen langsam heraufkommen, blickten sich an und seufzten schwer. — Jetzt nach das Letzte!

Die Kommenden blieben stehen, Untela sah Hanna an die Küche, Untela aber sah man in Gedanken auf das Hofgebäude zugehen.

Hanna war so blaß, daß sie sie nur durch ihre Blicke zu tragen wagten. Das Mädchen antwortete ebenso, ruhig und sicher: wartet!

Kesitalo aber blickte immer noch unruhig durch das Fenster auf den Hof.

Schließlich sah er Untela kommen. Er fühlte es so in seiner Brust würgen, daß er kaum Atem holen konnte. Er begann inbrünstig zu beten.

Untela kam langsam, so wie er vom Ufer heraufgekommen war: Stiefel und Kleider naß. Er sah nicht nach rechts und nicht nach links, als er durch die Küche ging. Zur Kammertür hereingetreten, blieb er einen Augenblick stehen und nahm die Mütze ab. Die anderen, welche hinter ihm herankamen, sahen die Bewegung in seinen Augen.

Dann aber trat er mit sicheren, langsamen Schritten an das Bett, in dem der kleine Knabe lag. Er blieb daselbst stehen und schaute das Kind eine Weile aufmerksam an — es schien, als ginge ein stilles Beden durch ihn hindurch.

Aber sofort danach zeigte sich auf seinem Gesicht etwas wie ein Lächeln — er erhob die Rechte und beschrieb langsam ein großes, kräftiges Kreuz über der Brust des Kindes.

Er wußte nicht, ob man es so mit den Kindern machte, aber er hatte in dieser Weise Tote segnen sehen und wollte jetzt den Kleinen segnen, so gut er es verstand.

Die junge Frau, die beim Kopfende des Bettes saß, hatte Tränen in den Augen. Sie hob schen den Kopf und blickte nach Untela hin — wie um Verzeihung bittend. Er bemerkte es, blickte zurück und nickte gleichsam. Alles in einem kurzen Augenblick — weiter sahen sie sich nicht an.

Der an der Tür stehende Kesitalo hatte die Hände fest gefaßt, und Tränen rollten über seine mageren Wangen. Er wäre gern zu Untela gegangen, wäre ihm um den Hals gefallen und hätte gesagt: du hast Böses mit Gutem vergolten — vergib nun auch uns noch! Aber er vermochte sich nicht von der Stelle zu rühren.

Untela sprach nichts. Er konnte auch nicht länger drin bleiben, sondern ging, wie er gekommen war.

Auch die anderen wechselten kein Wort miteinander. Kesitalo war auf den Stuhl am Fenster gesunken und lehnte zusammengefallen am Fensterbrett. Er fühlte, daß er seinen Tropfen mehr hätte hergeben können, wäre ihm diese Last jetzt nicht von den Schultern gegliedert.

Aber es war ihm zugleich, als ob er verblutet sei — so fühlte er.

XVI.

Zwei Tage später fuhr Untela langsam vom Kirchdorf nach Hause.

Er hustete, und seinen Körper schüttelte ein heftiges Fieber, das in kalten Schauern dem Kopf nach den Füßen zog. Doch seine Augen strahlten wie in früheren Tagen.

Dieses Strahlen hatte sich in dem Augenblick entzündet, als er das Kind segnete. Ein großer Sonntagsfrieden hatte sich in seine Seele herabgelassen und war nicht mehr ins Wanken geraten. Nach dem, was an dem Tage geschehen war, fühlte er, daß er reich war und sicher und schnell dem großen, engültigen Frieden entgegenritt.

Aber er fühlte daneben, daß er noch eins zu tun hatte. Wie wenn er, durch das Leben geführt, zugleich ein Werkzeug zur Schulung der anderen in der Hand des Lebens gewesen wäre.

„Freiheit, Kesitalo“ — dachte er — „du hast ja gelitten, das weiß ich wohl. Aber was macht das, da dein unrechter Wunsch doch in Erfüllung zu gehen scheint.“

Es war ihm, als müsse er Kesitalo geradezu zu Hilfe eilen.

„Sie mal, Kesitalo“ — dachte er wieder — „dies ist nun unser Nachhaken! Mit ihm genommen worden, wonach ich unrechtmäßig getrachtet habe. So muß auch dir der Geesant deines Trahtens genommen werden. Erst dann wirst auch du den Frieden finden — weiter brauchst du jetzt nicht mehr.“

(Fortsetzung folgt.)

Sprichwörter der Zigeuner

Von Engelbert Wittich

Ganz eigenartig sind die Sprichwörter der Zigeuner. Charakteristisch spiegelt sich darin die Denkhweise und Anschauung dieses Volkes — das auch heute noch ein wandelndes Geheimnis ist. Bei manchen dieser Sprichwörter ist der Inhalt ungefaßt der gleiche wie bei anderen Völkern. Sie sind aber nicht jenen anderen Völkern unähnlich, sondern dem Leben des Zigeuners selbst entwachsen. Viele von ihnen enthalten einen gewissen Kern, Gemeinplätze bekunden die Sprichwörter auch die Lebensgeschichte der Zigeuner. Sie haben das Leid und Erleben, das sie am nächsten anging, in das Kleid des Sprichwortes gequillt.

Der Zigeuner zieht lieber das Kleine, aber Gewisse dem Großen, aber Ungewissen vor, und da er weder ein Dach noch eine Taube hat, sagt er nicht: „Weser ein Sperling in der Hand, als eine Taube auf dem Dache“, sondern er greift in die ihm umgebende Natur und schmiedet aus deren Produkten seine vollstimmige Weisheit: „Weser eine Saftlauch in der Tasche, als eine Taube auf dem Baume“. Oder: „Weser ein labmer Esel, als ein totes Pferd“. Aehnlich der deutschen Lebensart vom Pantoffel sagt der Zigeuner treffend: „Die Herrerin predigt mehr als der Pfarrer“. Oder als Regel für die Deutal: „Der alten Frau einen Rosenkranz, der jungen Frau einen Mann“.

Mit stiller Reflexion und ohne Murken ergibt sich der Zigeuner in sein Schicksal. Das Ende des Erdenlebens ist unter allen Umständen das Sterben. „Barfüßig oder in Stiefeln, man muß ins Grab“, feucht er. Weil der Zigeuner misstrauisch ist gegen jedermann, vertraut er sich nur selbst und sagt deshalb: „Nur im Spiegel sieht jedermann seinen besten Freund“. Auf die Obrigkeit ist er nicht gut zu sprechen. Er spottet: „Werrunfener Richter, zahlloser Hund“. Auch: „Blinder Richter, Pferd ohne Fähr“. Wenn ihm etwas Unangenehmes passiert, so bleibt er gleichgültig, woher es kommt. Er sagt: „Ein brennendes Holz erlischt im Wasser, mag es rein oder trüb sein“. Von einem allzuvertrauensseligen Chemann heißt es im Sprichwort: „Er bewacht seine Frau, wie der Hund sein Ei“. Und in einer Ehe, wo der Altersunterschied groß ist: „Ein totes Ross sattelt, wer eine alte Frau küßt“. Von der Ehe: „Speise und Trank sind Eheleute“. Obwohl mit keinem Schicksal zufrieden, bewahrt der Zigeuner zumeist doch die Sehnsucht nach einer schützenden Wohnung an, zumal, wenn der kalte Wind durch das Lager weht und ihm Schneeflocken an den Wangen trägt. Er ist daher sein Freund vom Wind. Deshalb sagt er auch: „Der Wind ist des Zirkels Riechen“.

Es gibt kein größeres Angeld für einen Zigeuner aufzulegen, als das Springen über oder mehrere Seiten auf seinem Instrument, darum heißt er: „Ein Zigeuner Mann ist wie eine Geige, die keine Seiten hat“. Der Zigeunerstreich ist gleich dem Musikanten unerschütterlich, wenn ihm sein Hammer abhanden kommt. Das Drum und Dran seiner „fahrenden“ Schmiede bilden ja Ambos und Hammer. Er jammert deswegen: „Eine Schmiede ohne Hammer, ein Mann und Weib ohne Kind“. Vom Jgel, der Nationalstapel der Zigeuner, ohne die sie sich das zukünftige Paradies nicht vorstellen können, lautet eine sprichwörtliche Lebensart: „Alte Jgel sind schwer zu finden“. Kronisch meint der Zigeuner von einem Prahlhans: „Er kauft sich ein Pferd, daß er nicht muß vorfuß gehen“. Und von einem

Schwäher: „Die Junge des Karren ist wie eine Mühle, die kein Stein hat“. — Da es für manchen einmal ganz interessant sein wird, ein Sprichwort in Original-Zigeunerprache mit der deutschen Uebersetzung zu lesen, so sehe ich zum Schluß noch dieses hinzu: „I lehr gärela i schorelo Romes voni o Meraben“. (Ein Haus baut einem armen Mann nur der Tod.) So sagt der Zigeuner wehmütig, weil er weiß, daß ihm bei Lebzeiten keine feststehende Wohnung eigen ist!

Theater und Musik

Badisches Landesstheater

Neuinszeniert: Rienzi, der letzte der Tribunen.
Große tragische Oper in fünf Akten von Richard Wagner

Man hat Rienzi, den letzten der Tribunen, wieder einmal hier aufgeführt lassen. Wagner hat es nicht gerne gesehen, daß man sein Jugendwerk durch besonders gut vorbereitete, neu inszenierte Aufführungen seiner Gemeinde schmachtlich machen wollte. Der Dienst ist und bleibt eine große Oper, die nicht besser und schlechter ist, als die Hugenotten, der Prophet, die Nidin u. a. m. In „Oper und Drama“ schreibt Wagner: „In der Meherberchen Musik gibt sich eine so erschreckende Pochheit, Stichtigkeit und künstlerische Nichtigkeit kund, daß wir seine spezifisch musikalische Befähigung vollkommen auf Null zu setzen verücht sind.“ Das ist richtig, was hier Wagner als Kritiker sagt, es will nicht gut zu der Lehre passen: „der Kritiker werde so bestellt, daß weder Haß noch Liebe das Urteil trüben, das er fällt“. Denn man könnte zum Teil wenigstens die Wagnerische Kritik über Meherbeer auch auf seinen Rienzi anwenden. Unfern Wätern ist es schon schwer gefallen, ein Verhältnis zu Rienzi zu finden. Heute deuten wir auf dieses Jugendwerk als Durchgangspunkt des Wagnerischen Schaffens hin. Es hat für den Theaterfreund nur ein historisches Interesse. Die Gesprochenen sind konzentriert, man kommt kaum in Fühlung mit ihnen, wir spüren da und dort starke dramatische Akzente, die die Handlung beleben, aber sie werden zu reich von dem großen Theater, das dem Rienzi als Staffage dient, angezehrt. Wagner wollte, von einer Zauberkräft verleiht, mit dieser Oper alles Dagewesene in den Schatten stellen. Es scheint ihm gelungen zu sein. Die Erfolge waren nach der ersten Rienzi-Aufführung groß. Das sind jetzt mehr denn achtzig Jahre. Heute sieht unser Sinn in der Oper nach einer anderen Kost. Man trägt sich unwillkürlich, hat sich während dieser Zeitläuften unserer Geschichte geläutert? Oder ist die Revolution, die die Oper seit Rienzi durchmacht, noch nicht beendet? Wer getraut sich hierin eine Entscheidung zu fällen?

Rienzi aufzuführen ist heute ein Wagnis. Zum mindesten wird eine Rienzi-Aufführung immer ein Experiment bleiben. Sie konzentriert in allen Teilen große Ausmaße, oben bei den Solisten, auf der Bühne, im Chor, im Ballett, im Bühnenbild, in der Dekoration und unten im Orchester. Man hat hier mit unendlich viel Fleiß gearbeitet und damit schöne Erfolge erzielt. Den Akteuren geht es fast wieder zu freieren, da Rienzi nur an ganz wenig Bühnen gegeben wird. Wahrer Vorbilder gibt es nicht, da der letzte der Tribunen in des Meisters Festspielhaus nicht aufgeführt werden darf. Herr Balke hat gleich von der ersten Szene an das Heroische der Rolle stark ins Relief getrieben. Wäre dem Künstler etwas mehr Lebensgröße vergönnt, so wäre die Verkörperung über das Herkömmliche um ein Beträchtliches hinausgewachsen, denn Herr Balke zeigte Ausdauer, Sicherheit in der Führung und genügend stimmliche Kraft. Beim Gebet war die Registrierbehandlung nach jeder Seite hin wohl ausgeglichen. Vielleicht hat die kostümliche Aufmachung zu viel in Glanz, Pracht, Pomp und theatralischem Bemerk „gemacht“. Diese äußerlichen Effekte konzentriert der Kino-Leinwand-Bewunderer, aber nicht der Theaterfreund. Für den Mariano verlangt Wagner einen Mezzo-Sopran. Hier betraute man die Vertreterin des hochdramatischen Faches mit der Rolle. In andern Bühnen und früher auch an unserer Oper gab die Mitteln diese Partie, es sei an Frau Erhöfer und Fel. Bruntsch erinnert. Die hier sehr wenig beschäftigte Frau Hoffmann-Brewer hätte mit ihrem dunkel gefärbten Stimmaterial härteren Kontrast erzielt, gegenüber dem strahlenden, frischen unerschrockenen und wohlkultivierten Sopran von Fel. Franz, gegen den die Wagnersmannische Stimme, die sich viel in der Melodie zu bewegen hat, nur schwer ankommen konnte. Es sind noch zu nennen die Herren Dr. Bucherpfennig, Heule, Vauder, Buffard und Voichinger. Sie waren alle mit besten Kräften am Werk. Fel. Siebert führte den Chor der Friedensboten an, der im Akt besser fundiert sein muß. Die große Rolle, die im Rienziischen Chor zufällt, hat er mit seiner Verstärkung glänzend gelöst. Vieles wuchs aus dem Geschehen natürlich heraus, anderes war wieder Statisterei, nicht erster Güte, das liegt aber in den Verhältnissen. Wagner besagte sich, daß es für ihn einen empfindlichen Nachteil bedeute, daß an die Stelle der Pantomime gewöhnlich ein Ballett in dieser Oper trete, die er selbst nur immer in Gestalt von „fünf Akten“ mit „fünf glänzenden Finales“, von Oymnen, Aufzügen und musikalischen Waffengeklänge angesehen habe. (1) Von dieser Pantomime wurde hier wie gewöhnlich nur der Bildhaft ausgeachtete und gut durchgeführte Scherzertanz gegeben. Den Ballettangehörigen führte der hiesige Bachverein mit bestem Geelingen durch. Herr Lorenz verbündet mit Herrn Buffard setzte seine ganz bewährte Kraft ein, um das Werk großzügig aufzumachen. Es gelang in vollem Maße.

Karl Werner †

Aus Frankfurt a. M. kommt die schmerzvolle Kunde, daß im Alter von kaum 41 Jahren der Musikschaffler und Chorleiter Karl Werner einem tödlichen Halsleiden erlegen ist. Fast ein ganzes Jahr lang suchte er in der Schweiz Heilung, kehrte im Herbst fast wieder hergestellt zurück, um nun plötzlich dahingerafft zu werden. Tieferschüttert steht die deutsche Arbeiterjugenschaft unter dem Eindruck dieser Trauerbotschaft. In langer und treuer Arbeit hat er als Mitarbeiter unserer Sängervereinigung, als Dirigent, als Kritiker im Dienst unserer Sache gestanden und so manchen wertvollen Stein in den hohen Bau unseres Bundes gesetzt. Vornehmheit, Sachlichkeit und großes, umfassendes Wissen, das waren Eigenschaften, die ihn schnell für ihn einnahm, der Geseletheit hatte, mit dem seltenen Mann in Verbindung zu kommen. Seine Aufopferung im Dienste unserer Sache wurde ihm zum tragischen Schicksal. In seinem Grab trauern die tausend und abertausend deutschen Arbeiterjünger, denen er Freund, Förderer und Berater war. Nach ihm an, Vorbe steht Werner. Groß sind die Lücken, die sie hinterließen, aber ihr Streben und Wirken wird weiterleben im deutschen Arbeiter-Sängerbund. Schilling.

Arbeiter-Jugend Arbeiter-Sport

Turnen und Sport

Fußball

Freundschaftsspiel Freie Turner Forchheim — A.S. Durlach 1:3 für Forchheim. Das Spiel fand in Durlach statt und war ein dem Arbeitersport würdiges. Beide Mannschaften zeigten ein zähes Spiel und bis zur 20. Minute konnte es keiner Mannschaft gelingen, ein Tor zu erzielen. Forchheim konnte aber bald in kurzen Abständen das 2. Tor erzielen. Halbzeit 0:2 für Forchheim. Auf Anpfiff die gleiche Spielweise und bald konnte A.S. einfinden, welchem Forchheim ein 3. entgegensetzte. Schluß 1:3 für Forchheim. 2. Mannschaften 2:2. E. G.

Schießsport

Gauleitung des Arbeiter-Schießbundes Baden

Im „Friedrichshof“ lagte am 8. Februar die Gauleitung des Arbeiter-Schießbundes Baden. Der Gen. Meißner (Karlsruhe) leitete dieselbe als provisorischer Gauvorsitz. Als Gäste konnte er den Gen. Grimm, der die Zentralkommission für Körnerkultur und Jugendpflege vertrat, und den Gen. Jung, der der Konferenz die Grüße der Ortsgruppe Karlsruhe entbot, begrüßen. Die Delegiertenzahl war keine große. Umso intensiver war die Arbeit derselben in der Konferenz. Die Tagesordnung umfaßte die üblichen Konferenztagungsregeln, Geschäftsbericht, Organisationsform und Beitragsregelung, Wahl und Bericht des Vorstandes. Der Geschäftsbericht war kurz und bündig, gab über bisherige Tätigkeit für den Arbeiter-Schießsport in Baden und die daraus resultierenden Schwierigkeiten Auskunft. Es zeigt sich deutlich, daß der Gedanke eine langsame aber sichere Fortentwicklung zeigt, die eine gewisse Stetigkeit in der Verwirklichung zeigt. In der Diskussion wurden die Schwierigkeiten, die teils von Behörden, teils von Gegnern aus reaktionären wie aus dem eigenen Lager herrühren, beleuchtet. In Parteitreffen ist man insbesondere auf dem Lande noch nicht imstande, die Notwendigkeit unseres Sports einzusehen und glaubt sie als Schranke einer Eigenbräuteri zu sehen. Auch die Ungunst der wirtschaftlichen Lage in ihrer Wirkung auf die Arbeiter-Schießbewegung wurde hervorgehoben. Die bürgerliche Schießbewegung ist daran interessiert, der Arbeiter-Schießbewegung ummöglich zu machen. Es geschieht dies dadurch, daß man Sorge trägt, möglichst lange den Reiz der Schießsportart zu erhalten. Gewisse Behörden trauen sich, der in ungewissen eingetretenen Wenderung, die Sammelwaffenbesitznahme, Rechnung zu tragen, weil die Vorrichtung, Sammelwaffenbesitznahme, nur eine Kanne, keine Munition ist. Betreffs der Organisationsform ist erforderlich, daß der Arbeiter-Schießbund aus dem Stadium des Provisoriums heraustritt in das der normalen Gauleitung mit den notwendig sich ergebenden Organisationsgegebenheiten. Dieses Problem reißt den Gedanken des Anschlusses an den Arbeiter-Schießbund Deutschlands an. Dieses norddeutsche Gewächs mit oft bürgerlichen Gesinnungen mußte erst gänzlich im Sinne der Arbeiter-Sportbewegung umgestaltet werden, ehe der bisherige lockere Zusammenhang zu einer organisatorischen Bindung werden konnte. Das Organisationsproblem findet seinen Niederschlag in den Satzungen für den Gau Baden, die einstimmig angenommen wurden, nachdem geringfügige Änderungen beschlossen worden waren. In Beziehung zur Beitragsfrage war die Frage, die der Gau aus den Mitgliedsbeiträgen fordern muß, Gegenstand der Besprechung. Nach hier stellte die Frage der wirtschaftlichen Einmündung des kommenden Jahres ein großes Problem. Der „Kassensport“ ist als obligatorisches Mitgliedsorgan zu betrachten. Als Konsequenz der Organisation ist die Notwendigkeit erwachsen, anstelle des provisorischen Gauvorsitzes einen tatsächlichen zu setzen. Als solcher wurde Gen. Meißner gewählt. Unter dem Punkt Bericht des Vorstandes wurden u. a. die Schießleistung und die Schaffung eines Schießbuches besprochen, mit der der Gen. Meyer-Weingarten betraut wurde. An der Diskussion, die sich auf beachtenswerter Höhe bewegte, beteiligten sich die Genossen Dichtenberger und Tezler-Ellingen, Staub und Meyer-Weingarten, Jung-Karlsruhe, Lacroix und Meyer-Mannheim sowie Kreichmar-Lampertheim. Meyer-Weingarten.

Aus den Sportartikeln

Jahresversammlung des Arbeiter-Sportartikels Weingarten. Die am 29. Januar ds. Js. stattgefundene Generalversammlung lief besser ab als zu erwarten. Schon das Referat des Sportigen. Hejeler aus Karlsruhe, welches über das Thema „Die Entfaltung des Proletariats“ referierte, hätte einen besseren Besuch verdient. Hejeler verstand es, den Anwesenden sein Referat in kurzen aber sachlichen Worten auszusprechen, wofür ihm auch durch die Aufmerksamkeit der Dank ausgesprochen wurde. Alsdann erstattete Vorsitzender Gen. Karl Felleisen den Geschäftsbericht. Daraus war zu entnehmen, daß für das Kartell viel Arbeit zu leisten war. Darauf gab Gen. Karl Dörz den Kassenbericht, welcher für das Kartell ein guter zu nennen ist. Diskussion fand über beide Berichte keine statt, und so konnte zur Neuwahl übergegangen werden. Gewählt wurden als 1. Vorsitzender Karl Felleisen, 2. Ludwig Dörzmann, als Schriftführer Joh. Künzel und Erwin Becker, Kassier Karl Dörz, Beisitzer Wilhelm Endeke, Lorenz Reichert, Edmund Kieber, Karl Keller und Gustav Scholl. In dem erweiterten Ausschuss wurden noch Lorenz Reichert, Edmund Kieber, Karl Keller und Gustav Scholl in. bestimmt. Unter Punkt Bericht des Vorstandes wurde noch über verschiedene Angelegenheiten debattiert und darauf vom Gen. Karl Felleisen die Anwesenden ermahnt, auch in diesem Jahre wieder für die Ideen des Arbeiter-Sportartikels kräftig einzustehen, worauf die Versammlung mit einem kräftigen „Frei Heil“ geschlossen wurde. S. R.

Jugendherbergen

An alle Jugendwanderer und solche, die auf ihren Wanderungen die deutschen Jugendherbergen zu besuchen gedenken!

Laut Beschluß des Verbandes für deutsche Jugendherbergen reitet mit Beginn des neuen Jahres zwecks Bekämpfung des immer härter überhandnehmenden Bagabundentums für die Benutzung der deutschen Jugendherbergen folgende Bestimmungen in Kraft:

Aufnahme finden nur Wanderer (auch Radfahrer, Bootfahrer und Schneeschuhfahrer), nicht aber Arbeitslose, Geschäftsreisende, Sommerfrischler u. dergl.

Die Jugend unter 20 Jahren hat nach wie vor das erste Anrecht auf die Herberge. Ältere müssen weichen, wenn jugendliche Platz fordern. Geruch von Alkohol und Nikotin ist in den Jugendherbergen strengstens verboten.

Jeder Herbergsbesucher hat sich anzumelden! Jugendliche von 14 bis 18 Jahren einschließlich Studenten (Schüler, unter Lehrerschaft ausgenommen) durch den Weibenausweis Lichtbild. Erwachsene (über 18 Jahre) durch die Mitgliedskarte eines Zweigvereins bzw. einer Ortsgruppe für deutsche Jugendherbergen mit geltendem Lichtbild.

Mitgliedsarten und Weibenausweise sind nur erhältlich bei einer Ortsgruppe für deutsche Jugendherbergen desjenigen Ortes bzw. Bezirks, in dem der Betreffende seinen Wohnort hat. Anstelle des eingetragenen Lichtbildes kann auch ein Lichtbild aus dem Heimatort oder einer anderen anerkannten Ortsgruppe vorgelegt werden. Die Ausweise sind nach Form, Farbe, Größe und Inhalt im ganzen Gebiet des deutschen Reiches einheitlich gestaltet.

Beiträge werden bezahlt von Erwachsenen (Mitgliedskarte) jährlich 3 M., von Jugendlichen (Weibenausweis) jährlich 50 Pf.

Körperliche Mitglieder (Schulen und Vereine) zahlen 3 M., Verbände 10 M. Beitrag jährlich. Die körperliche Mitgliedschaft hat nur unterstehende Wirkung, gewährt also keine Herbergsrechte. Die angeführten Zahlen sind Mindestsätze, können und sollen daher nach Möglichkeit überschritten werden.

In Südbayern gelten Mitgliedsarten und Weibenausweise des Verbandes für deutsche Jugendherbergen nicht (Sonderbestimmungen im Reichsverbandesverzeichnisse).

Badische und Reichsverbandesverzeichnisse sind gegen Einzahlung von 25 bzw. 10 Pf. ausgiebig Postgeld erhältlich bei Lindes Buchhandlung, Karlsruhe, Kaiserstraße 94, sowie bei sämtlichen Ortsgruppen für badische Jugendherbergen.

Badische Jugendherbergen

(Zweigvereinsausweis Baden für deutsche Jugendherbergen.)

Jugendbewegung

Hauptkonferenz des 5. Kreises (Karlsruhe-Pforzheim) der Sozialistischen Arbeiterjugend

Am Sonntag, 8. Febr., fand im Stadt. Jugendheim in Karlsruhe die Kreisversammlung der Arbeiterjugend für den fünften Kreis statt. Die Tagesordnung umfaßte 1. Geschäftsbericht, 2. Berichte der Ortsgruppen, 3. Bericht von der Kreisleiterkonferenz, 4. Reichsjugendtag, 5. Vortrag des Reichsjugendleiters Walter Diefel über „Unsere Arbeit im nächsten Jahre“.

Der Geschäftsbericht ergab, daß ein Aufstieg sowohl in der Mitgliederzahl als auch in finanzieller Hinsicht zu konstatieren ist. Die Berichte der einzelnen Ortsgruppen brachten zum Teil erfreuliche aber auch betrübende Mitteilungen. Ueber eine sehr gute Entwicklung konnten besonders Durlach und Forchheim berichten. Ein früherer Aufstieg ist im allgemeinen überall zu konstatieren. In der Diskussion wurden sodann verschiedene organisatorische und agitatorische Fragen behandelt.

Ueber die Kreisleiterkonferenz berichtete Jugendgen. Maier. Er hob dabei verschiedene dort gefasste Beschlüsse hervor, wie Gründung einer „Richtlinien- und Woberzentrale“, Gründung von 18-jährigen Gruppen, Durchführung des Delegiertenkongresses zum Zweck der „Arbeiter-Jugend“ und Heranzugabe eines Mitteilungsblattes für den Bezirk, sowie die Beitragsregelung.

Hierzu referierte Genosse Diefel über „Unsere Aufgaben“. Er empfahl vor allem einen neuen Finanzplan vor. Des weiteren besprach er die Karte, welche eingehalten und vom Bezirksvorstand finanziert werden. Redner schlug vor, zur Landeskonferenz einen Antrag betreffs Beitragsherabsetzung auf 40 Pf. einzubringen. Ferner gab er wertvolle Ratschläge für die Agitation und Organisation und streifte das Verhältnis zwischen Jugend und der Jugend und verwies auf den im Juni stattfindenden Reichsjugendtag in Hamburg und forderte zur recht regen Beteiligung zu demselben auf. — Die Ausführungen des Redners wurden mit Begeisterung aufgenommen.

Nachdem noch die in der Diskussion gestellten Anfragen zur Zufriedenheit beantwortet wurden, fand die Konferenz mit dem Absingen des Liedes „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ ihren Abschluß. Frei Heil!

An die Mitarbeiter und Berichterstatter!

Wir eruchen dringend, die Berichte, Programme für die Jugend usw. so frühzeitig wie möglich einzusenden und nicht zu warten bis Dienstag morgen. Heute ging eine solche Fülle von Stoff ein, daß verschiedene Sachen zurückgestellt werden mußten sowohl für die Jugend wie für den Sport. Die Redaktion.

Internationale Jugendführertagung

Die Sozialistische Jugend-Internationale hatte die Führer der ihr angeschlossenen Verbände zu einer Aussprache über die dringenden Fragen sozialistischer Jugendarbeit eingeladen. Die Zusammenkunft fand vom 11. bis 15. Januar im Ferienheim der holländischen Arbeiterjugend „De Vosheuvel“ („Der Hügel“) statt. Anwesend waren neben den holländischen und deutschen Teilnehmer Genossen aus Österreich, den deutschen Gebieten der Tschechoslowakei, Polen, Bulgarien, Belgien, Dänemark und Schweden. Die holländische Arbeiter-Schaft bereifte den ausländischen Gästen einen überaus freundlichen Empfang.

Der erste Arbeitstag sollte in einleitenden Referaten und eingehender Aussprache Aufschluß geben über die gegenwärtige soziale, politische und psychologische Situation der Arbeiterjugend. Die soziale Lage wurde eingehend und sachkundig von Genossen Kim (Wien) behandelt. Er führte aus, daß auf dem Gebiet des Jugendsozialismus noch außerordentlich viel zu wünschen übrig bleibe. Insbesondere stünden die Fragen der Lebensunterhaltung, der Ausbildung und im Zusammenhang damit des Fortbildungswesen immer noch im Vordergrund. Der Referent sprach sich weiter für die Schaffung öffentlicher kommunaler oder staatlicher Lehrwerkstätten aus. Durch dauernde Kleinarbeit im Sinne unserer Jugendsozialforderungen muß die soziale Lage der Arbeiterjugend all-

mählich gebessert werden. In unsern Jugendgruppen sind Aussprachen über diese Fragen dringend notwendig. Der Jugendsozialismus muß zu einer wichtigen Aufgabe der Arbeiterbewegung werden.

In der Aussprache kommt die durch Wirtschaftskrise und Kriegsverhältnisse sehr erschwerte Lage der Jugend und die damit verbundene Beeinträchtigung unserer Arbeit deutlich zum Ausdruck.

Ueber die politische Situation sprach Genosse Lindström (Schweden). Die heutige Jugend ist früh zu politischer Selbstaussprache gezwungen. Viele alte Dogmen sind gefallen, die politische Forderung der Arbeiter-Schaft hat aufgehört. Das dieses Hinwärtens in den Kreis des Gesellschaftsinteresses sind die Arbeiterparteien mit größter politischer Macht ausgerüstet, auch wenn sie nicht die Mehrheit besitzen. Daher muß die politische Stellung der heutigen Jugend auch anders sein als in der Vorkriegszeit. Der Staat ist nicht mehr das Instrument des Volkswillens. Die politische Erziehung geschieht nicht mehr im Hinblick auf Agitation, sondern auf politische Führung.

Im dritten Referat betont Genosse Kosog aus Holland die Notwendigkeit psychologischer Vorbereitung innerhalb unserer Bewegung, die uns die Arbeit mitunter wesentlich erleichtern vermöge. Insbesondere muß der Jugendführer sich eingehend mit der seelischen Verfassung der Jugend befassen.

In gleich anregender Weise verließen auch die übrigen Arbeitstage, an denen Genosse Max Weiskopf die allgemeinen Erziehungsfragen innerhalb unserer Arbeit behandelte. Er sprach über die Bedeutung der Altersabgrenzung in der Organisation, behandelte ausführlich die Gemeinschaftserziehung und das in der Öffentlichkeit herrschende Furcht und Wertschätzung in unsere Arbeit hineinzuweisen und berücksichtigt werden müssen. Ueber die intellektuelle Erziehung sprach Genosse Josef Hofbauer-Zentgraf, der sich gegen die Überlastung der Jugend mit Wissensstoff wandte und verlangte, die Arbeit zum Lernen und zum Buch in der Jugend zu wecken. Wir müssen der Ueberbürdung des Wissens vorbeugen, weil in ihr die Gefahr der Selbstbildung und der Selbsthaltung liegt. Wir wollen keine Erziehung von der Arbeit haben, wir wollen die Arbeit als einen Faktor, der die Erziehung zu unterscheiden zwischen der Arbeit als Ausbeutung und als Kultur mit dem Kampf um wirtschaftliche Verbesserungen und politische Kultur für den Menschen schaffen. Die Grundgedanke muß im Jugendleben Form und Inhalt gewinnen und damit auch nach außen hin eine Umwälzung herbeiführen.

Eine erschöpfende Darstellung der Vorträge und der Aussprachen ist selbstverständlich im Rahmen eines kurzen Berichtes nicht möglich. Hier sei nur noch nachgetragen, daß neben der Arbeit uns auch die gemeinsamen Erholungsstunden noch angereicherter werden. Es war immer zu merken, daß der Gemeinschaftscharakter in diesem Kreis Gestalt gewann, das eine junge, menschlich und menschlich verbundene Internationale entstand. Aus diesem Gefühl heraus konnten wir beim Abschied, der erfolgreichen Tagung auch mit herzlichen perfekten Wünschen in den Sprachen der vertretenen Länder mit Recht singen. „Die Internationale“ erklingt das Menschenrecht.

Veranstaltungen der Arbeiterjugend

Karlsruhe — Gruppe Süd. Heute Dienstag Gruppenversammlung um 1/8 Uhr in unserem Heim in Jugendheim. Zusammenstellung der Tagesordnung für die Gruppenversammlung. Einige Anträge sind bis längstens heute abend einzureichen. Am Donnerstag Gruppengeneralversammlung um 1/8 Uhr im Jugendheim. Sonntag Tagesversammlung. Treffpunkt um 1/8 Uhr am Donnerstag, noch bekanntzugeben. Montag Tanz und Singabend um 1/8 Uhr in der Pöbelerschule. Treffpunkt um 1/8 Uhr am Jugendheim.

Karlsruhe. Dienstag abend 1/8 Uhr Wahlprobe. Donnerstag abend 1/8 Uhr Versammlung. Bericht von der Kreisleiterkonferenz in Karlsruhe und Bericht des Vorstandes. Voraussichtlich im Heim.

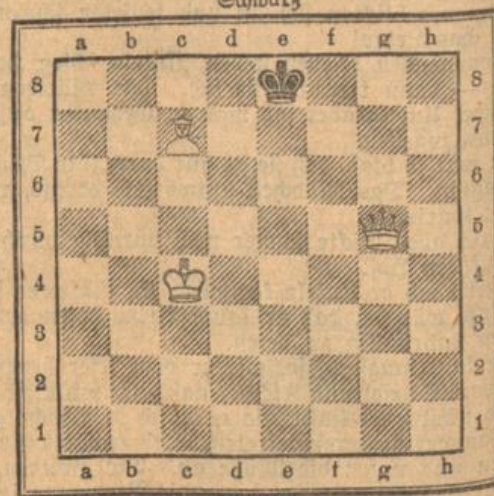
Forchheim. Die Jugendlichen, welche am Theaterfest mitwirken, mögen am Dienstag und Donnerstag zur Probe kommen. Samstag abend 1/8 Uhr Sinfonien. Sonntag, den 22. Februar Spaziergang nach dem Rhein. Abmarsch 1 Uhr vom Volkshaus.

Schach-Ecke

Beacht. s. Schachklub Karlsruhe. Einwendungen u. Vorschläge an die Redaktion (Schachklub). Spiel-Abende des Arb.-Schachklubs, Montags u. Freitags, abends 1/8 Uhr im Friedrichshof.

Problem Nr. 7

D. Tschler (D. Schachbl. 1922). Matt in 3 Zügen.



Weiße 3 Steine: K c4, D g5, L c7. Schwarze 1 Stein: K e8. Lösung zu Nr. 6: 1. D a8-K — 2. D h8. 3. S e6 matt. S f5 matt. 1... — f4 2. S d4 — 3. D f8 matt, D h8 matt.

Aus dem Freistaat Baden Anträge im badischen Landtag

Dem badischen Landtag sind in den letzten Tagen verschiedene neue Anträge zur Beratung gestellt worden, die zunächst in den Ausschüssen behandelt werden. Es handelt sich dabei unter anderem um einen von Abgeordneten, des Zentrums, der Demokraten, der Deutschnationalen, der Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei unterzeichneten Antrag, die Regierung solle zum Zwecke einer gleichzeitigen Wirkung der Besoldungsbeschlüsse und zur Befestigung einer schon lange bestehenden Unbilligkeit mit allem Nachdruck dahin wirken, daß für die Anordnungsverhältnisse der badischen Richter, Notare und Staatsanwälte und der oberen Verwaltungsbeamten günstigere Voraussetzungen geschaffen und daß die hierzu nötigen Schritte unverzüglich eingeleitet werden. — Weiter liegt ein Antrag mehrerer Zentrumsabgeordneter vor, der die Wiederbelebung des ehemaligen Freiwirtschaftsverbandes Deuberg zum Landesfinanzamt Karlsruhe und die Verewendung des Freiwirtschaftsverbandes als Landesverband neben dem Landesverband zum Gegenstand hat. — Ein weiterer Antrag der Zentrumsfraktion behandelt die Forderung der Verordnung vom 20. März 1924 zur Ausführung der Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht.

Abgeordnete des Landtags haben eine förmliche Anfrage zur Befestigung des Landwirts Josef Schie in Dierach bei Offenburg vorgelegt. In dieser Anfrage wird ausgeführt, der Landwirt Schie sei am 26. Januar d. J. durch 20 Gendarmen bei seiner Berufsarbeit auf dem Felde ergriffen, schwer mißhandelt und gewaltsam der psychiatrischen Klinik in Freiburg eingeliefert worden. Die Festnahme sei geschehen, trotzdem Schie schwer leidend sei und die Aufhebung des Gefängnisbefehls unter Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses verlangt habe. — Von der Zentrumsfraktion ist im Landtag eine kurze Anfrage eingebracht worden, wie sich die Regierung zu dem Projekt einer neuen Rheinbrücke bei Wozau stelle. — Weiterhin wurde von dem Abgeordneten Siegelmaier (Ztr.) eine förmliche Anfrage über die Massenerkrankungen beim Eisenbahnausbesserungswerk Offenburg eingebracht.

Zusammenlegung besonderer Bemerkungen

Eine Angelegenheit, die die breite Öffentlichkeit schonbar nicht interessiert, wohl aber sehr stark die Beteiligten berührt, beschäftigt am vorigen Freitag den Rechtsausschuß des Landtags wolle 4 Stunden, ohne daß man zu endgültigen Beschlüssen gekommen ist. Um was dreht es sich? In der neuen Gemeindeordnung steht zu lesen: Die abgeordneten Bemerkungen sollen bis 1. Januar 1925 durch Anordnung des Ministeriums des Innern mit benachbarten Gemeinden vereinigt werden. Das Zentrum hat nun im Dezember v. J. einen Antrag eingebracht, der verlangt, diese Frist bis 1. Januar 1926 zu verlängern. Weiter ist in der Gemeindeordnung gesagt: Vom Ministerium des Innern kann die Änderung oder Aufhebung der Bemerkungen von Einzelorten und ihre Vereinigung mit anderen Orten angeordnet werden, wenn dringende Gründe des öffentlichen Interesses hierfür vorliegen. Jede Gemeinde muß einen räumlich abgegrenzten Bezirk haben, welcher aus einem oder mehreren Gemeinden bestehen kann. Jeder Teil des Landes muß einem Gemeindebezirk angehören.

Das Recht des Ministeriums des Innern ist also unbestritten. Man will ihm jetzt in den Arm fallen, obwohl von den 221 abgeordneten Bemerkungen durch Vereinbarungen vereinigt worden sind. Die Vereinigung von 31 Bemerkungen ist noch im Gange. Das Kernproblem an der Sache ist die Vereinfachung der Staats- und Gemeindeverwaltung. In Ergänzung des Zentrumsantrages wurde den Mitgliedern des Rechtsausschusses von der Zentrumsfraktion noch folgender Antrag vorgelegt: Die Regierung wird ersucht:

- 1. dem Landtag einen Entwurf zu einer weiteren Abänderung der Gemeindeordnung in dem Sinne vorzulegen, daß entweder die Vorschriften des letzten Satzes des § 2 der Gemeindeordnung in ihrer jetzigen Fassung beibehalten oder doch in ihrer strengen Wirkung abgemildert werde;
- 2. im Interesse der Verhütung unserer Bevölkerung von Zwangsmaßnahmen nach § 104 Abs. 2 und § 105 Abs. 1 bis auf weiteres Umgang zu nehmen;
- 3. mit Ausnahme dieses Beschlusses den Antrag Drucksache Nr. 17 für erledigt erklären.

Nach schärfer ging der Berichterstatter Dr. Mattes ins Zeug. Er legte großes Zahlenmaterial vor und erstattete einen umfangreichen Bericht. Zuletzt beantragte er:

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf zur Änderung des § 2, 104, 105 der Gemeindeordnung in folgender Hinsicht vorzulegen:

- 1. In § 2 ist der letzte Satz und in § 105 die Frist zu streichen und dafür den § 105 in eine „kann“-Vorchrift umzuwandeln.
- 2. In § 104 ist Abs. 2 und 3 zu streichen und dafür die Bestimmung aufzunehmen, daß die Vereinigung von Nebenorten mit anderen Orten und die Aufhebung der Bemerkungsgrenzen von Nebenorten gegen den Willen der Organe der Nebenorte nur durch Gesetz erfolgen kann.

Die Regierung verteidigte ihre Maßnahme mit guten Gründen. Sie erklärte, daß man auch in Hessen, Bayern usw. mit den abgeordneten Bemerkungen abgebaut habe; sie hätten nicht mehr in die heutige Zeit. Die Anträge des Zentrums und des Berichterstatters bedeuteten eine Rückwärtsbewegung der Gemeindeordnung, bei ihrer Annahme könnten die abgeschlossenen Verträge nicht aufrecht erhalten werden. Die Regierung wuschte eine Rechtsgrundlage, sonst könne sie nicht arbeiten. Man sollte die Konsequenzen bedenken; das Ministerium des Innern könne in dieser Angelegenheit nicht plötzlich Halt machen. Der Regierungsdirektor plädierte nachdrücklich für die Befolgung des bisherigen Zustandes.

Auf diesen unterschiedenen Standpunkt stellte sich auch die Sozialdemokratie. Sie lehnte beide Anträge ab. Vor 4 Jahren bei der Schaffung der Gemeindeordnung hätte kein einziger Abgeordneter Einspruch erhoben; § 104, ebenso § 105 sei in allen seinen Bestimmungen unbeanstandet angenommen worden. Durch die vorliegenden Anträge schaffe man erst Verwirrung. Wie lange wolle man denn mit der Regelung der Bemerkungsfrage noch warten? Was könnten denn diese einfachen Gesetze leisten? Auf dem Fürsorgewesen z. B. liegen die Zustände arg darnieder. Man sollte endlich mit dieser Richtungslosigkeit Schluss machen. Die Regierung sei auf dem richtigen Wege in 1 oder 2 Jahren für die Angelegenheit erledigt.

Diese Argumente verfangen leider nicht bei den bürgerlichen Parteien, selbst die Demokraten waren für die gestellten Anträge zu haben. Es sei eine ungerechtfertigte Verurteilung in diese Bemerkungen hineingetragen worden, manche Gemeinden hätten auch nicht zugehört. Die Vermögensverhältnisse, die wirtschaftliche Lage der einzelnen Gemeinden sei sehr verschieden. Man müsse dieser Vereinigung von Gemeinden sehr skeptisch gegenübersehen.

Wemerkenswert war der Zwischenruf eines Zentrumsabgeordneten, der zugab, daß sich bei Schaffung der neuen Gemeindeordnung niemand gegen die sogenannten Vereinigungs-Paragrafen gewendet habe.

Am Schlusse der Beratungen erklärte allerdings das Zentrum, daß es für den Antrag Mattes nicht eintreten könne, worauf Aussetzung der Abstimmung und Verweisung an die Fraktionen beschloffen wurde. Mit dieser Anregung erklärte sich auch die Sozialdemokratie durchaus einverstanden.

Gehaltsminderung und Abzug

Aus Beamtenkreisen wird uns geschrieben: Die mittleren und unteren Beamten machen zurzeit eine große finanzielle Belastungsprobe durch. Erstens erhalten sie durch den bekannten Spruch des Reichsgerichts in Leipzig für den Monat Februar 7 1/2 Prozent weniger, wie im Januar. Zweitens trifft dieses bedauerliche Mißgeschick zusammen mit dem am 1. Februar vorgenommenen Abzug für den Vorfuß, der badischen Staatsbeamten auf Antrag im Oktober und November v. J. vom Finanzministerium gewährt wurde. Daß letzteres wieder zu ihrem Geld kommen will, finden wir vollkommen begründlich. Aber die Frage taucht doch auf: Konnte man die Rückzahlung dieses Vorfußes nicht um 2-3 Monate verschieben, nachdem einmal der Leipziger Schiedsspruch zu Ungunsten der Beamten von Gruppe 1-7 ausgefallen ist? Oder könnte man nicht nach dem Beispiel von Heßen den Vorfuß als gewährte Wirtschaftshilfe betrachten? Der Herr Finanzminister würde sich den Dank dieser Beamten verdienen, wenn er hier einen Ausweg finden würde.

Einzeln Beamte sollen am 1. Februar 30-40 M abgezogen bekommen haben. Das kann wohl nicht stimmen, denn es sollten nach unserer Kenntnis höchstens 20 M pro Monat abgezogen werden. Welleicht nimmt das Finanzministerium Beanstandung, eine öffentliche Antwort zu geben. Die unteren und mittleren Beamten sehen mit Bedauern, daß im Reichstag ihre Sache nicht vorwärts geht, auf der anderen Seite werden sie ab 1. Februar finanziell doppelt beeinträchtigt. Da sollte doch Remedur eintreten. Was hat man uns nicht alles vor dem 7. Dezember 1924 versprochen!

Ein Kreisvertretertag

Am vorletzten Samstag im alten Rathausaal in Freiburg statt. Sämtliche elf badischen Kreise waren vertreten, insgesamt waren 51 Kreisvertreter erschienen. Kreisvorsitzender Stritt vom Vorort Karlsruhe eröffnete und leitete die Sitzung mit gewohnter Gewandtheit und Umsicht. Zunächst wurde der vom Finanzministerium mitgeteilte Entwurf von Veränderungen des Grund- und Gewerbesteuergesetzes behandelt. Im allgemeinen wurden gegen den Entwurf keine Einwände erhoben, sondern nur der Vorort Karlsruhe beauftragt, das Ministerium darauf aufmerksam zu machen, wenn die im Entwurf vorgesehenen Kreisgrenzen Geheh werden sollten, vor allem in den rein landwirtschaftlichen Gemeinden das Gemeinde- und Kreisvermögen nicht vollständig verschwinden dürfte. Hinsichtlich der Vermögenssteuer wurde erneut festgestellt, daß dieselbe bis jetzt fast ausschließlich nur in den Städten und großen Gemeinden zur Erhebung gelangt. Der Vorort wurde erneut beauftragt, beim Ministerium des Innern darauf hinzuwirken, daß die Amtsvorstände eine erneute Befragung und scharfe Kontrolle auch in den kleineren Gemeinden hinsichtlich der Steuer durchzuführen.

Die Wanderfürsorge für Baden soll einheitlich nach bestimmten, von einer Kommission der Kreise ausgearbeiteten Richtlinien durchgeführt werden. Alle Kreise erklärten sich damit einverstanden. Nur der Kreis Mannheim nimmt einen etwas abweichenden Standpunkt ein. Hinsichtlich der Anstellung von Kreisfürsorgeinspektoren stellt sich der Kreisvertretertag erneut auf den Standpunkt, daß die Fürsorgeinspektoren von den Kreisen angestellt werden, deren Disziplinargewalt unterstehen und den Bezirksfürsorgeverbänden nur insofern zur Verfügung zu stellen seien, als letztere ihre Tätigkeit benötigen.

Von einem Kreise (in welchem das Zentrum dominiert, D. Berichterst.) war die Frage des Religionsunterrichts an den Kreiswinterschulen angesprochen worden, dabei wurde von juristischer Seite die Auffassung, daß diese Winterschulen unter das Fortbildungsschulgesetz fallen dürften, teils in bejahendem, teils in verneinendem Sinne beantwortet. Von einer Seite wurde auch angeregt, das Mindestalter für den Eintritt in die Winterschulen auf 17 Jahre festzusetzen und damit die ganze Streitfrage aus der Welt zu schaffen. Beschlüsse wurden hierzu nicht gefaßt. Dagegen wurde den Kreisen einstimmig empfohlen, die Schulgelder an den Winterschulen auf 30 M für den 1. und 20 M für den 2. Kurs festzusetzen. Ferner wurde den Kreisen einstimmig empfohlen, den vom Gemeindebeamtenverband gemachten Vorschlag, gemeinsam für alle Kreise 50 000 M Geschäftsanteile für Errichtung eines Beamtenerholungsheims in Ueberlingen zu zeichnen, anzunehmen und der Vorort beauftragt, das weitere mit dem Gemeindebeamtenverband in die Wege zu leiten. Endlich wurde der Vorort erneut einstimmig beauftragt, beim Ministerium wiederum hinsichtlich der Beteiligung der Kreise an den Ertragsnissen der Kraftfahrzeugsteuer vorstellig zu werden. Die Kreise als Träger der Straßenunterhaltung aller Kreisstraßen und Wege, sowie des überwiegenden Teils der Gemeindegrenzen hätten ein Anrecht, an den Ertragsnissen dieser Steuer beteiligt zu werden. — Die Verhandlungen wurden nach vierstündiger Dauer nachmittags 1 1/2 Uhr mit den üblichen Dankesworten geschlossen.

Das Generalkonulat des Königreichs der Serben, Kroaten und Slonenen. Der zum Generalkonul des Königreichs der Serben, Kroaten und Slonenen in München ernannte Herr Vladislav Savitsch ist zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden endgültig ausgesellen.

Kleine badische Chronik

Mazau. Bei den Abbrucharbeiten des kürzlich durch Großfeuer zerstörten Gebäudes der Dynamitfabrik Maximiliansau stürzte plötzlich ein schwerer eiserner Träger aus beträchtlicher Höhe zu Boden. Der in den über Jahren stehende Maurer Ludwig Bierzeth und der 23jährige Franz Schmitt, beide von Pforz, erlitten erhebliche Verletzungen. Diese sind bei Bierzeth so schwer, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Pforzheim. Sonntagabend kam es vor dem hiesigen Bahnhof zu einer verhängnisvollen Schlägerei, bei der der Presser Gustav Meßger von einem Schleifer aus Springen eine lebensgefährliche Schwunde verletzt erhielt. Der Täter wurde verhaftet.

Neulohrheim bei Schwetzingen. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich Sonntag nachmittags. Das 3 1/2 Jahre alte Söhnchen der Familie Bacher war unter der Barriere, an der einige Eisenstäbe fehlten, hindurchgeschlittert und wollte den Bahnhöfen überqueren. Das Kind wurde im gleichen Augenblick von einem durchfahrenden Schnellzug erfasst und sofort getötet.

Freiburg. Blühender Winter. Am Schloßberg, in der Umgebung des Ditzberg-Wetterhäuschens, fand in den letzten Tagen der Winter in Wille. Wohl waren die geöffneten gelben Blütenfelder nicht so mooshaft wie in der Hauptblütezeit des Sommers vorhanden, für die erste Regenperiode werden die weniger zahlreichen Blütenblätter immer eine Sehenswürdigkeit bilden.

Staufen. Ergebnisse einer Holzversteigerung. Bei der vom hiesigen Parlament am 4. Februar abgehaltenen Brennholzversteigerung konnte ein auffallendes Zurückgehen der Preise festgestellt werden. Es wurden erzielt für das Kloster Buchene Scheiter 2. Klasse 44-46 M, bis 3. Klasse 30 M; für Buchene Scheiter 3. Klasse 30-32 M, eichene Scheiter 2. Klasse 34-36 M; eichenes Kiefernholz 24 M, Tannenholz und Kammholz pro Klafter 25-26 M; Eichenholz 24 M. Ein Los Schlangbaum, geschätzt auf 550 Werten, kam auf 45 M. Die Angebote bewegten sich nur unbedeutend über den Anschlag.

Nationalsozialistische Schwindbeuten. Aus Freiburg wird uns geschrieben: In einer Versammlung der nationalsozialistischen Freiheitspartei, die vor kurzem hier stattfand, wurde von einem gewissen Hermann Falk die Behauptung aufgestellt, das Pfarramt St. Martin in Freiburg habe die Lieferung von 500 Eristkommunikanten-Ausgabe an die hiesige jüdische Heiderfirma Tobias Blymann vergeben, obwohl die Ausgabe aus Sammelgeldern der Pfarrgemeinde bezahlt worden seien. Da die Behauptung auch den Weg in die nationalsozialistische Presse gefunden hat, gibt das Pfarramt von St. Martin folgende öffentliche Erklärung ab: Als Pfarrer von St. Martin erkläre ich hiermit, daß ich 40 Werten als Eristkommunikanten habe, und daß weder ich noch eine meiner caritativen Organisationen bis jetzt einen Antrag eingekauft oder bestellt haben, obige Behauptung mithin eine Erfindung ist, die den Erfinder entsprechend ehrt. — W. B. V. Pfarrer an St. Martin.

Eine schwere Bluttat

Budenach, bei Ettlingen. Ein aufregender Vorfall hat sich hier abgespielt. Der 23jährige Fabrikarbeiter Hermann Anderer, der in den letzten Tagen Spuren religiösen Wahnsinn zeigte, kletterte in der Nacht zum Montag am Schwesternhaus der Ordensschwester heraus, nachdem er zuvor am Pfarrhaus angeläutet hatte, von dem Geistlichen aber nach Hause geschickt worden war. Anderer hat die Ordensschwester, die er in sein Haus kommen und die Schwester folgte dieser Aufforderung, da sie annahm, es sei jemand krank. Anderer war inzwischen ebenfalls nach Hause gegangen, befand sich aber nicht mehr in seiner Wohnung, als die Krankenschwester kam, war vielmehr durch das Fenster auf die Straße gestiegen, hatte sich in das Antordnig begeben und betete vor der Lourdesgrotte. Dann begab er sich wieder zum Schwesternhaus und kletterte die zweite Ordensschwester heraus. Als sie an der Tür erschien, zückte er einen Dolch und stach auf sie ein. Der auf dem Wege zum Frühdienst begriffene Rangieraufseher Josef Keiser schlug mit einem Scheit Holz auf den Trisinnigen ein, der die am Boden liegende Schwester durch weitere Messerschläge so schwer verletzt hatte, daß diese alsbald starb. Anderer konnte dann von herbeieilenden Leuten unbeschädigt gefasst werden. Montag früh 7 Uhr erschienen Staatsanwaltschaft und Gendarmerie zur Aufnahme des Tatbestandes. Die ermordete Ordensschwester trägt den bürgerlichen Namen Marie Jufft und ist aus Kronau bei Bruchsal gebürtig. Anderer galt als ordentlicher Turfseher, er soll aber schon während des Krieges von einem Militärarzt zur Beobachtung seines Geisteszustandes in eine Anstalt überwiesen worden sein. Die Bluttat hat begreiflicherweise hier große Aufregung hervorgerufen.

Großfeuer in Lörrach

Lörrach. Ein riesiges Feuer hat am Sonntag morgen die Fabrikanlagen der Firma Köhlin, Baumgartner u. Co. in Lörrach heimgesucht. Der Brand war aus noch nicht festgestellter Ursache in einem dreistöckigen langgestreckten Gebäude, das vor allem die Lagerung von Tuchballen vorbehalten war, ausgebrochen und hatte sich mit großer Schnelligkeit verbreitet. In den vielen Tausenden von Ballen Tuchstoffen und den Holzgestellen fand das Feuer reichliche Nahrung, hellauf loderten die Flammen und verbreiteten weithin Tageshelle. Von der Ostseite des Gebäudes artif das Feuer zunächst vom nördlichen Flügel einen Raum nach dem anderen an und bald war auch der südliche Teil des Gebäudes vom Feuer erfasst. Die Feuerwehr war dem Brand gegenüber insofern machtlos, als zunächst Wassermangel herrschte. Man mußte sich darauf beschränken, das Tollwerk mit wertvollen Waren für das Ausland und den Gebäudeteil, in dem sich die technischen Büros und Magazine mit unersetzten Stoffen für das Ausland befanden, zu schützen. Von dem großen Gebäude sind dem Feuer das Magazin mit dem reichen Lager, die Zentralheizung, die Fernsprechanlage, sämtliche Büros der Verwaltung mit ihren Einrichtungen und unzählbare Fabrikationsmuster und Zeichnungen zum Opfer gefallen. Da die eigentlichen Fabrikationsräume aber vom Feuer nicht berührt worden sind, kann der Betrieb des Unternehmens voll aufrecht erhalten bleiben.

Helipon
Kopfwäsche-Pulver
Verstärkter Haare wunderbar
Ein Päckchen um 20 S reicht 2 mal. Überall verlangen.

Der Kommunistenputsch in Durbach

Das Urteil

Offenburg, 7. Febr. (Eigener Bericht.) Um 9 Uhr heute morgen begann der Endtermin im Durbadener Landfriedensbruchprozess. Von den Ausführungen der letzten sechs Angeklagten, die noch zum Worte kamen, waren nur noch die des alten Fritz Müller von Interesse, der sich energisch dagegen verwehrte, daß er, nach Annahme des Verteidigers, beim Auftreten der Offenburger in Durbad die Verwirklichung eines Teiles seiner Zukunftspfehlungen als Sozialist gesehen habe; er habe im Gegenteil das Ganze für einen Unfug angesehen und sich demgemäß absolut passiv verhalten. Die Durbadener selbst aber machten ihm jetzt die schwersten Vorwürfe wegen seiner Angaben über die noch dort beständigen Kisten; es seien Ausdrücke gefallen, wie „Die ganze Horde habe erschossen gehört“. Doch habe er seine Angaben voll und ganz aufrecht, weil er bei der monarchistischen Einstellung weiter Kreise in dem erwähnten privaten Waffenbesitz eine fähige Gefährdung der Republik erblickte.

Nunmehr wurde das mit Spannung erwartete Urteil verkündet, das wir in der Hauptsache folgen lassen. Es erzielten: die Angeklagten Gebrüder Wäscher 8 Monate, Kühne und Bolt je 7 Monate, Krause 6 Monate, Wilsaender, Post, Eberle sen., Mandl, Buermann, Sängler je 4 Monate Gefängnis; Freiesprosssen wurden die Angeklagten Adler, Seimann, Eisenhard, Zuh, Weber, Weiskauer W., Wittmann, Sast, Fritz Müller sen. und Kaufman; Wecker 30 K Geldstrafe wegen unerlaubten Waffenbesitzes; der Rest erhielt Gefängnisstrafen von 3 Monaten bis herunter zu einer Woche. Die von mehreren Angeklagten verbüßte Untersuchungshaft wurde angerechnet. Allen bis zu 3 Monaten Gefängnis einschließlich Beurteilten billigte das Gericht eine dreijährige Bewährungsfrist zu. Aus der Begründung des Urteils ist hervorzuholen, daß das Gericht die Bildung eines bewaffneten Haufens als nicht gegeben ansah; bei den meisten Angeklagten war jedoch der Tatbestand des Landfriedensbruchs gegeben. Die Brüder Wäscher sieht das Gericht als die bewussten Urheber des ganzen Vorfalls an; man könne nicht glauben, daß sie über die wirklichen Verhältnisse in Lahe nicht unterrichtet gewesen seien oder im Glauben gehandelt hätten, daß sie am Reich selbst nicht teilnahmen, entschuldige sie nicht. Bei allen übrigen urteilte das Gericht nach Maßgabe ihrer Betätigung als Führer oder Mittäter, ausgehend von dem Gesichtspunkte, daß bei dem Vorfall beim Landwirt Roth jeder Teilnehmer sich klar sein müsse über die Gefährlichkeit des Vorgangs; die fernere Teilnahme wiege deshalb doppelt schwer. Auch die verurteilten Jugendlichen wären sich der Strafbarkeit ihrer Handlungswiese bewußt gewesen. Bei Buermann und Sängler aber sei trotz ihrer verhältnismäßig geringen Beteiligung ihre schon früher erhaltene Beurteilung wegen des gleichen Deliktes erschwerend ins Gewicht gefallen. Die Amnestie nach dem Londoner Abkommen kam nach dem Ermeßen des Gerichts hier nicht in Frage; doch sei jeder Einzelfall geprüft und beurteilt worden.

Damit wäre der Vorhang gefallen nach einem der unerfreulichsten Stücke aus der Zeit der schlimmsten Fälschung, wo die Arbeiterklasse einen verzweifeltten Kampf um ihr Dasein kämpfte, wo sich alle Rechtsbegehrte verwirren und wo die innere und außenpolitische Lage niemandem zur Ruhe kommen ließ. Wenn man sich die Stimmung dieser Tage ins Gedächtnis rufen muß, so wird man vielen Angeklagten nicht abprechen können, daß sie wirklich im besten Glauben gehandelt haben und glaubten, die Waffen zum Schutze der Republik verwenden zu können. Von diesem Standpunkt aus muß man das Urteil in vielen Angeklagten die Bewährungsfrist zugute kommen; zugunsten der übrigen Verurteilten aber darf man wohl erwarten, daß die zuständigen Stellen in weitgehendem Maße Milde walten lassen und nach Möglichkeit die Strafen für die Einzelnen durch Gewährung von Strafurlauben verringern. Für die Arbeiterklasse aber müssen die Stimmungen der einseitigen Mahnung sein, auf die Stimmung der einen oder anderen Parteien und sich nicht von den Augenblicksmeinungen hinreißen zu lassen, sondern die Folgen doch nur an ihnen selbst hängen lassen und unter deren Auswirkungen schließlich die Allgemeinheit aller Werktätigen mitzulieben hat.

Jugend und Sport

Arbeiter-Turn- und Sportverein Eßlingen. In würdiger feierlicher Form beschloß die Arbeiterschaft am 21. Juni d. J. sein 20-jähriges Jubiläum durch eine große Kundgebung, die mit langjähriger Mithatigkeit zu begehren. Mit Rücksicht auf diese Veranstaltung wurde der Verein im vorigen Jahre von jeglicher Veranstaltung Abstand genommen. Die den Turngenossen von Stadt und durch die Sportbeilage der Parteiliste bekannt sein dürfte, hat der Verein nicht nur grimmige Gegner in den bürgerlichen Sportvereinen, sondern auch gewisse staatliche Behörden, haben sich anlässlich unseres Schatzturnens als offene Feinde und Gegner unseres Arbeiter-Turnvereines erklärt. Unser 20-jähriges Stiftungsfest soll nicht nur ein Ehren- und Freudentag sein, sondern auch eine Protestkundgebung gegen Anwürfe und Parteilichkeit einzelner Behörden. Wir erwägen deshalb unsere Parteigenossen von nah und fern diesen Tag für uns festzuhalten und durch zahlreiche Teilnahme unser geplantes Vorhaben zu unterstützen. Schriftliche Einladungen folgen in den nächsten Tagen.

Gemeindepolitik

Körperverletzung bei Schulfkindern. Nach Kriegsende ist es aufgefallen, daß in Mannheim, wo früher eigentlich nur bei zugewanderten Personen Kröpfe beobachtet worden sind, bei den Schulfkindern sehr viel Kröpfe auftreten. Die Verhältnisse in den Mannheimer Schulen liegen jetzt so, daß bei den Mädchen etwa 25 Prozent und bei den Knaben etwa 19 Prozent Schulfkindern Kröpfe vorhanden sind, die für jedes Laienauge erkennbar sind. Den Beginn dieses Leidens kann jedoch der Arzt schon im weiteren 18. Prozent bei den Mädchen und 35 Prozent bei den Knaben feststellen. Erfahrungsgemäß führen diese Schulfkinderverletzungen im kindlichen Alter bei einem nennenswerten Teil zu dauernden späteren Schädigungen. Aus diesem Grund soll auch in Mannheim ein Versuch mit der Anwendung der bekannten in Amerika, in der Schweiz, in Bayern und Oesterreich bereits bewährten Kröpfvorbeugung in der Schule gemacht werden.

Markt und Handel

Mannheimer Produktendörse. Weizen inl. 27, ausl. 34 bis 35, Roggen inl. 26,50, ausl. 29,75-30, Hafer inl. 18,50 bis 21, ausl. 21-25, Gerste, Braugerste 29-32,75, Mais gelber mit Gad 23,25-23,50, Lofes Wiefenheu 8,50-0, Luzerne 10,30 bis 11,10, Stroh 6,50-6,30, Stroh drabacerei 6,50-7, Weizenmehl Spezial Mull 43-45, Roggenmehl 38-42, Weizenmehl 15-15,50. Tendenz rubig.

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 10. Februar

Geschichtskalender

10. Februar. 1775 † Der französische Philosoph Montesquieu in Paris. — 1923 † Der Pfaffen Wilmhelm Köniqen in Münden. — 1923 Manifest der englischen Arbeiterpartei gegen die Ruhrbefreiung.

Dartnachrichten des Soc. Vereins Karlsruhe

Ueber das bayerische Kontordat

Spricht am Freitag Genoffin Reichstagsabg. Johann Pfüll aus Münden. Die Genoffen und Genoffinnen werden hiermit schon heute auf den Vortrag aufmerksam gemacht und um zahlreichen Besuch gebeten.

An die Latentlosen

Wenn man als organisierter Arbeiter das Tun und Treiben seiner Mitarbeiter beobachtet, so wird man der Ansicht, als wären die vielen politisch Indifferenten von der pessimistischen Schopenhauer'schen Philosophie durchdrungen, daß gar nichts zu wollen das Schicksal sei, daß es richtig sei, am Leben zu verzweifeln, ohne sich das Leben zu nehmen.

Die politisch Indifferenten und Gleichgültigen wollen gewiß auch ihre wirtschaftliche Besserstellung wie ihre aufgestellten Mitarbeiter, aber sie wollen keine freiwilligen Opfer bringen und sich nicht durch Selbstmitleid in einen Parteiraum einschließen. Anstatt dauernd ihre politischen Pflichten zu erfüllen, um durch einen gemeinsamen Kampf die gemeinsamen proletarischen Interessen zu fördern, ist es ihnen ungewohnt die Reaktion, die ihren alten Dreieckssitz wieder aufzurichten will, dem wir diese „herrlichen Zeiten“ zu verbanken haben. Unermüdlich sind pflichtvergeßene Arbeitskollegen im Schimpfen über ihre Funktionäre, die sich für die Arbeiterinteressen aufopfern; sie ohreißeln sich täglich auch noch selbst, indem sie die arbeiterfeindliche Presse unterstützen und gierig das schlechteste Gift verschlingen, das die 20 Millionen Arbeiter vertilgen soll, die angeblich in Deutschland zu viel sein sollen. Viele spielen sich als Kommunisten auf, während in ihrer Wohnung die monarchistische Presse gelesen wird, auf die sie abonniert sind. Die Vertrauensleute und Betriebsräte haben den schwierigsten Posten, weil sie von dem Unrat, der von den verärgerten Gemütern kommt, direkt überschüttet werden.

Viele Arbeiter haben ein ganz falsches Bild von der Tätigkeit der Partei- und Gewerkschaftsbeamten, sie verformen die aufreibende Arbeit in einem Organisationsapparat, besonders in dieser schrecklichen Zeit, weil sie sich um ganz andere Dinge oder auch um gar nichts kümmern. Besonders jetzt haben wir viele Bildungsbewerber, die es ermöglichen, daß Arbeiter sich in ihren Ruhestunden Kenntnisse aneignen und mit Fragen der Wissenschaft vertraut machen können. Wer Wissen und Sozialität besitzt, hat, verzweifelt an der Welt nicht, wenn einige Jahre des Absteigens dem Aufstieg vorangehen. Er verzweifelt auch nicht, wenn Unwissenheit oder Rohlinge seine Arbeit herabsagen. Er lächelt schmerzlich und mitteilend, wenn ihm Arbeitsbrüder, die selbst weber Gewalt noch Berrunf anwenden, sondern gar nichts tun, das Evangelium der Gewalt predigen. Es ist schlecht um eine Idee bestellt, die man mit roher Gewalt verwerflichen will. Alle Verwunde in der Weltgeschichte, die Welt mit dem Schwert zu erobern, hatten nur kurzen Erfolg und sind schließlich geschleht. Ebenso sind alle Verwunde, die Ideen mit roher Gewalt zu vernichten. Das mußte auch der Eisenhiesch Bismark zweimal einsehen. Wer nur mit roher Gewalt, mit Gift und Galle gegenwärtig handeln unternehmen will, den drückt das Schwergewicht bald wieder zu Boden. Nicht durch Wären, Loben, Särcien, Schimpfen und rohe Gewalt, sondern nur durch intensive Arbeit werden wir die Welt überwinden. Der fünfte Teil der Arbeiterklasse, der politisch organisiert ist und große Opfer bringt, kann das große Elend allein nicht überwinden. Die aber tatenlos beiseite stehen, beneiden wir nicht um ihren Seelenfrieden. Das Gewissen ist der beste Gradmesser für die Tätigkeit eines Menschen. Durch treue Pflichterfüllung schaffen wir uns ein reines Gewissen und innere Seelenruhe, die in stürmischen Zeiten notwendig sind, damit wir uns weber durch Menschen noch durch Ereignisse aus der Fassung bringen lassen. Nur durch Pflichttreue können wir aus dem jetzigen Schattenleben herauskommen, zum höchsten Menschen- und Familien Glück, zu einer neuen und höheren Kultur.

Aus der Bewegung der Arbeiteradninenten

Die seit einiger Zeit etwas regere Tätigkeit der Arbeiteradninenten haben diesem Zweig der Arbeiterbewegung einige Erfolge und eine Anzahl neue Mitglieder gebracht. So sprach vor einigen Tagen in gut besuchter Versammlung im Rathaus in Durlach der Genoffe Dr. Engler über das Thema „Die Arbeiteradninte und die Alkoholfrage“. Genoffe Engler, der seit mehr als 20 Jahren ununterbrochen der Arbeiteradninte Bewegung angehört, war auf Grund seiner reichen Erfahrungen in der Arbeiterbewegung in der Lage, manches Interessante in Bezug auf die schädliche Wirkung des Alkohols innerhalb der Arbeiterbewegung zum Vorschein zu geben. Aber auch seine Hinweise auf die Schädigung der Volkswirtschaft durch die Verwendung wichtiger Nahrungsmittel für die Alkoholproduktion verzeichnen nicht ihren Eindruck auf die Versammlungsgesgeber. Besonders gab zu denken Anlaß, daß in Hamburg 1.200.000 K. in Halle 200.000 bis 250.000 K. jährlich für Unterhaltung an Trinkerfamilien aufgewendet werden müssen. Mehr als die Hälfte der Familien in den Irrenanstalten verdanken ihre Krankheit dem Alkoholgenuß. Nach einer einwandfreien Statistik aus den letzten Jahren ist die Stralrat bei 33.000 Strafgefangenen und bei 77 Prozent aller Sittlichkeitsverbrechen unmittelbar auf Alkoholgenuß zurückzuführen. Der Referent verwies auf die kulturelle Bedeutung der Bekämpfung des Alkoholenusses. Auch das in der Öffentlichkeit viel besprochene Alkoholverbot in Amerika wurde von Referenten getrübt mit dem Bemerkten, daß die große Masse des amerikanischen Volkes dem Alkoholverbot aufzubeugen nicht bereit ist. Keine Regierung mag es, das Alkoholverbot aufzubeugen und der gegenwärtige Maßstab wäre nicht gerecht worden, wenn er sich nicht für die volle Bekämpfung des Alkoholenusses einmischte hätte. Am Schluß seiner Ausführungen forderte der Referent die Raungen und die Verantwortlichen der Arbeiter frei vom Alkohol und erbat die Anwesenden, interhalb der

gesamten Arbeiterbewegung für die Bekämpfung zu wirken. In der sich anschließenden regen Aussprache kamen auch Nichtadninenten wiederholt zum Worte, welche über die Ausführungen des Referenten nicht zu entkräften vermochten.

Auch die Versammlung in Ruppurt im Ruchbaumhäuser in der Genoffe Schänke referierte, war gut besucht und nahm einen gleichfalls anregenden Verlauf.

Es sei bei dieser Gelegenheit noch auf die heute Dienstag den 10. Febr., abends 8 Uhr, im Jugendheim, Ecke Ruppurt- und Baumeisterstraße, stattfindende Versammlung aufmerksam gemacht, wo Genoffe Dr. Schänke über das Thema „Arbeit und Alkohol“ sprechen wird. Partei- und Gewerkschaftsgenossen, auch diejenigen, welche noch nicht entschlossen sind, der Arbeiterbewegung beizutreten, sind eingeladen; insbesondere die Mitglieder der Arbeiterjugend und die Jungadninenten.

Zuschingsveranstaltungen des Musikvereins „Harmonie“

Der Musikverein „Harmonie“, der ca. 600 Mitglieder zählt und über 3 Orchester (Blas-, Streich- und Jugendorchester) verfügt, hatte am Sonntag die Festhalle gleich mit zwei Veranstaltungen besetzt, die im Zeichen des Karnevals standen. Mittags fand ein humoristisches Konzert statt und abends der Maskenball. Beide Veranstaltungen erlangten sich eines recht guten Besuchs, ein Beweis dafür, daß sich die „Harmonie“ bei der hiesigen Bevölkerung gut eingebürgert hat. Das humoristische Konzert war als eine Glanzleistung bezeichnet worden, jeder Besucher und jede Besucherin kamen auf ihre Rechnung, alle verliefen wohlbesichtigt die Festhalle. Mit Til Gulenpiels lustige Streiche, dem phantastisch grotesken Marsch wurde die Veranstaltung eingeleitet und die nötige Stimmung war schon da. Auch die folgenden Programm-Nummern wie „Eine pübelnarrische Pastenackts-Lieder-Lüre“, wo jeder sein eigenes Lied spielte, sowie „Die Weiserblätter von Nürnberg“ und besonders die „Brillant-Pantale“ waren ausgezeichnet. Bei letzterer Nummer glänzte wieder Kammermusiker Kreuz aus Mannheim als Soloposist wie auch nachher im „Tausendfüßler“, wo er sich auf Pöulen, 4 kleinen Trommeln und einer großen Trommel, sowie im Boden- und Glockenspiel als wirklicher Tausendfüßler zeigte. Stirnlicher Beifall und ein Kranz teilens der „Hulderer“ waren der Dank. Um 10 Uhr war das Konzert beendet (Kranz Denkmal) auf der Trompete mit dem Koch. Recht applaudiert wurde das Waschfigurenkonzept, wobei jede Waschfigur die an sie gestellten Fragen möglichst beantwortete. Die musikalische „Sitzungsnummer“ vom „Witz“ (Vöhringer) und die Fortsetzung durch Camero (Kammerer) geriet beiden zur Ehre. Aber nicht nur die musikalischen Darbietungen unter Meister Rudolphs Leitung fanden stürmischen Applaus, sondern auch die allgemeine Lieber, von denen das erste durch eine humorvolle Ansprache Vöhringers eingeleitet wurde, fanden sehr viel Beifall, jedoch ziemlich alles die Stimmbänder anstrengte. Die ganze Veranstaltung war mit einem Worte netz.

Auf den Abend hatte die „Harmonie“ ihre Freunde zu einem Maskenball eingeladen. Auch dieser Einladung war sehr zahlreiche Folge geleistet worden, eine riesige Menschenmenge füllte den Saal, teils kostümiert, teils in Mafte, teils „in Zivil“, teils tief verummert, teils das Gegenteil. Aber alle in bester Stimmung, in bester Laune; Großhinn und Beiterheit herrschten. Es ist auf diesen Maskenbällen wirklich nicht so schlimm, wie es von manchen Seiten ausgemalt und dargestellt wird. Wir sind überzeugt, ein sehr, sehr großer Teil der Jugend, und auch der älteren Besucher, brauchen auf diesen Maskenbällen wirklich nicht mehr wie das Eintrittsgeld. Wenn nur getanst werden kann, alles andere ist der Jugend gleichgültig. Es ist immer wieder zu konstatieren, daß die Refraktionsfähigkeit der Saal zum Gebirgen woll ist, die Refraktionsfähigkeit der Saal selbst ist. Und auch an Ausschreitungen, grobem Unfuh usw. hat man bis jetzt noch nichts gehört. Auch der Harmonie-Vorstellung in schöner Ordnung, die Kapelle spielte bei ihrer eigenen Veranstaltung mit besonderem Eifer auf, Herr Rudolph warlet mit den neuesten „Schlagern“ auf; unermüdlich drebte sich das Tanzorchester. In Maften war reiche Auswahl vorhanden, sämtliche Bläser, ganz originale Ideen verkörpert, jedoch das Preisgerüst seine leichte Arbeit hatte, die besten Maften herauszufinden. Es entschied sich zur Prämierung folgender Maften: 1. Eblanenkönigin (Gruppe), 2. Berchstrum (Gruppe), 3. Biedermeier Dame, 4. Radio-Paar (Sänger und Empfänger), 5. Bettei Wid, 6. Keppelerin, 7. Afri, der Schönheitssultiver, 8. Gärtnerin, 9. Victoria Regia, 10. Biedermeier-Paar, 11. Aulischer.

Der hervorragende hah, Chemiker Dr. Carl Engler gestorben. Einer der hervorragenden Männer der chemischen Wissenschaften, Dr. Carl Engler, ist am 8. Febr. im Alter von 84 Jahren gestorben. Weit über die Grenze des Deutschen Reiches hinaus war der Name Engler bekannt und verehrt. Leben seines Forscherinstinktes des Petroleumwesens, dessen Entdeckung aus Festzellen untergegangener Lebewesen des Meeres Dr. Engler den Nachweis erbracht, sind besonders wertvoll geworden seine Entdeckungen auf dem Gebiete der künstlichen Farbstoffe. Vor nahezu 50 Jahren wurde Dr. Engler nach Karlsruhe berufen und zum Vorstand des chemisch-technischen Laboratoriums an der Technischen Hochschule ernannt. Wenig in Erinnerung ist heute, daß sich der Forscher auch eine, wenngleich nur kurze Zeit hindurch politisch betätigt habe, als Mitglied der national-liberalen Partei im Reichstag vertreten. Von 1891-1892 war er auch Mitglied der Reichstags-Kammer des badischen Landtags. Durch äußere Ergründungen zahlreicher Art sind Englers Verdienste anerkannt worden.

Ohnna. Der Direktor der badischen Landwirtschaftskammer Dr. Müller in Karlsruhe wurde in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um die badische Landwirtschaft und den deutschen Weinbau von der württembergischen Landwirtschaftlichen Hochschule in Heilbronn zum Ehrenmitglied ernannt.

Wiener Burscherball des Bezirksvereins Karlsruhe der Deutsch-Österreichler. Die Karnevalsfröhen, wahren Genießen den entführen, sind und werden wohl aus dem Volksleben nicht verschwinden. Alt und Jung jubelte am Samstagabend in der „Festhalle“ in alter, traditioneller Ausgelassenheit beim Tanz. Die Vereinigung der Deutsch-Österreichler, die bei den Veranstaltungen dieses Bezirksvereins war, betätigt sich eifrig und will alle Deutsch-Österreichler in Deutschland in einer Organisation zusammenfassen. So konnten im Banke Baden, und zwar im Forzheim, Singen und Wolsbut für kurzen Ortsgruppen der Vereinigung gebildet werden. Durch die tarnevalistische Gelegenheit wurde der Bezirksverein Karlsruhe seinen Mitgliedern Gelegenheit geben, sich in engeren Kreise der Landsleute, der Organisation, zeitgemäß zu unterhalten und zu vergnügen, was auch, wie der Besuch und die Stimmung betrieit, wohl vollkam erreicht wurde.

keine Schenkwürdige, einzig in ihrer Art, stellt das eine Schenkenfenster des Spezialgeschäftes für Söhlinger Stahlwaren von Ernst Kraus, Waldstraße, gegenüber der „Post“ an. Ein mächtiger Adler, kunstvoll aus unzähligen Messer- und Scherenenteilen zusammengestellt, schmückt den Schmuckgrund. Die beiden Seitenwände zeigen die verschiedensten zum großen Teil künstlerische darstellende Messer, Dolche etc., die zu harmonischen Bildern gefügt sind. Es sollten auch ausstehende Besucher die Beschäftigung dieser Ausstellung nicht vernachlässigen. Um die Brautjungferneinmahlzeit möglichst großen Nutzen zu ermöglichen, beabsichtigt die Firma Kraus, die Dekoration circa 8 Wochen in ihrem Schenkenfenster zu belassen.

Umsätze. In der Ausstellungshalle kam ein zwei Jahre alter Knabe einer Zahnradwelle eines Motors zu nahe, als diese durch Unbefugte in Gang gesetzt wurde, wobei dem Kind zwei Finger der rechten Hand abgerissen wurden. — Ein Tapezierer von hier wurde in der Nacht vom Samstag auf Sonntag zwischen 10 und 11 Uhr in angrenzenden Zustände beim Hebergraben der Karl-Friedrichstraße beim Nordbahnhof durch eigenes Verschulden von einem Personenauto angefahren und zu Boden geworfen. Er trug Buntstiefelbinden am Kopf und an der linken Hand. — Ein Schüler, 24 Jahre alter Maschinenbauingenieur, riefte am 8. Febr. in einem Betriebe in der Rannwaldallee beim Aufbrechen eines Ventils aus und geriet mit dem linken Fuß in ein mit kochendem Wasser gefülltes Becken, wobei er den linken Fuß und Unterschenkel verbrühte. Er mußte in das dortige Krankenhaus aufgenommen werden. — Auf dem Lagerplatz einer hiesigen Firma im Westbahnhof kam vorgestern vormittag ein lediger 24 Jahre alter Metallarbeiter zwischen die Räder zweier Eisenbahnwagen und trug eine Quetschung der linken Schulter davon. Der Verletzte wurde mit dem Krankenwag in das städt. Krankenhaus verbracht.

Angestellte. 22 Kraftfahrer und 9 Motorradfahrer gelangten in der vergangenen Woche zur Anzeige, weil sie sich gegen die Bestimmungen des Kraftfahrzeuggesetzes verhalten haben. — Wegen Leistungswunders gelangten 16 Personen zur Anzeige, weil sie für gegebene Dationen zu hohe Zinsen verlangten. — **Sachbeschädigung.** In der Nacht zum 6. Febr. wurde auf einem Bildhauerlagerplatz an dem Verbindungsweg zwischen der West- und Mittelmeierstraße einige Gesteine umgeworfen und beschädigt. Der Schaden beträgt circa 800 Mk. Die beschädigte Firma setzt auf die Ermittlung des unbekannten Täters eine hohe Belohnung aus.

Veranstaltungen
Colosseum. Heute abend 8 Uhr Varietée-Vorstellung.
Das wohltemperierte Klavier. Der letzte Abend von Frau Darmstadt-Stern findet erst Mittwoch, den 25. Febr., abends 8 Uhr im ehem. Prinz-Max-Palais Nachstr. 10, statt.

Aus den Vororten
Hauptort. In der am nächsten Donnerstag im Verzeichnisse „Häufiger Löwen“ stattfindenden Parteiverammlung spricht der hiesige Parteivorstand W. C. H. a. u. n. über „Arthur Schillers Buch über Sowjet-Rußland (Kommunismus und Sozialismus)“. Die beiden die Parteigenossen, für zahlreiche Besuch vorzugsweise zu sein. — Vor der Versammlung Büchereibank aus unserer Gegend.

Karlsruher Polizeibericht vom 10. Februar
Einkaufsdelikt. In der Nacht vom 8. Febr. wurde in der Argentinstraße durch Verschlagen eines Benzinleiters ein Auto und aus dem Verschlagene 20 Mk. sowie ein Quantum Tabak gestohlen.
Unfall. Gestern vormittag gegen 12 Uhr riefen Ede K. und Kammstrabe zwei Radfahrer durch unvorsichtiges Fahren auf, wobei der eine Radfahrer, ein Malerlehrling, dem Fahrrad gestohlen wurde und bewußtlos liegen blieb. Er wurde mittels Krankenautos nach dem städt. Krankenhaus verbracht, wo eine Gehirnerschütterung festgestellt wurde.

Belusa
 nach dem Berliner Mitteltours von 10. Febr. 1925. In Auszahlung: Belgien 21.60 Mk. der 100 Belg. Fr. Holland 169.05 Mk. der 100 holl. Gld. Spanien 59.85 Mk. der 100 holl. Gld. Schweden 81 Mk. der 100 schw. Kr. Italien 17.40 Mk. der 100 Lire. England 20.05 Mk. der 100 engl. Sterl. Schweden 113.16 Mk. der 100 Kronen. Frankreich 22.60 Mk. der 100 fr. Fr. Österreich 5.919 Mk. der 100 000 Kronen. Neuwort 4.20 Mk. der 1 Dollar. Slowakei 12.39 Mk. der 100 Kronen.

Wasserstand des Rheins
 Schusterinsel 38, ost. 13; Rehl 152, ost. 9; Neuzau 317, ost. 2; Mannheim 215, ost. 1 Zentimeter.

Gesundheitspflege
 Masernschutzimpfung. Ein Arzt an der Münchener Universität, Frauenspital Dr. Deglisch hat vor einigen Jahren ein Masernschutzserum gefunden, mit dessen Hilfe es fast stets gelingt, Kinder, die mit Masernkranken in Berührung gekommen sind, also praktisch als angesteckt gelten können, vor dem Ausbruch der Erkrankung zu bewahren. Man verwendet zu dieser Impfung das Serum von solchen Kindern und Erwachsenen, die gerade die Masern überstanden haben, sich als in der Genesung befinden. Man geht hierbei von der Annahme aus, daß in dem Serum von Masernrekonvaleszenten längere Zeit über wirksame Schutzstoffe vorhanden sind. Die Erfolge sind außerordentlich; es ist durchaus möglich, die besonders für kleine Kinder lebensgefährlichen Masern auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben, in dem diese Krankheit erfahrungsgemäß weitestgehend weniger Opfer erfordert. Es starben bisher in Deutschland jährlich 40—50 000 Kinder an Masern. Die Statistik ergibt, die länger als 6 Jahre waren. Gelingt es also, die Masern in diesem Alter von den Kleinen fernzuhalten, so wird diese Krankheit die Bevölkerungszahl nicht mehr nennenswert beeinflussen können.
 Da die Masern schon vor dem Auftreten des ausgesprochenen Krankheitsgefühls und der hohen Temperatur hochgradig ansteckend sind, hat die Verhütung der Masern durch Impfung der bisher gesunden Kinder aus hygienischer und ethischer Hinsicht einen Zweck. Wird erst die erkrankte Masern gestellt, dann sind auch schon die übrigen Kinder der Familie angesteckt, soweit sie nicht schon die Masern durchgemacht haben. Die Dauer des Schutzes ist desto länger, je zeitiger das Kind geimpft wird. Durchschnittlich hält der Schutz 6 Wochen mindestens an, kann sich aber auch über Monate und Jahre erstrecken. Erkrankten vorher gesunde Kinder an Masern, so treten sie meist in wesentlich gemildeter Form auf. Da es nun in vielen Fällen, besonders außerhalb des Krankenhauses, schwierig ist, das — übrigens recht teure — Masernschutzserum zu erhalten, so ist man auf den Ausweg verfallen, älteren Kindern und Erwachsenen, selbst wenn sie schon ein Mal Masern überstanden haben, Blut zu entnehmen und dieses Serum zu Schutzimpfungen zu verwenden. Da die meisten Menschen nur einmal im Leben an Masern erkranken, darf man wohl annehmen, daß sich die Schutzstoffe viele

Jahrzehnte im Blute wirksam erhalten. Tatsächlich hatte man mit dem Erwachsenen Serum — gewöhnlich wird das Blut den Eltern entnommen — fast die gleichen guten Erfolge wie beim Masernrekonvaleszenten Serum. Eltern und erwachsene Angehörige, in deren Familie außer dem infizierten Kind noch Säuglinge und Kleinkinder leben, haben unbedingt die Pflicht, den Kreis nicht nur wegen des erkrankten Kindes so frühzeitig als möglich zu rufen, sondern ebenso, um die Sicherheit schon angelegten Säuglinge und Kleinkinder vor der für letzteren äußerst bedrohlichen Erkrankung durch die gefährliche Impfung schützen zu lassen.
 Dr. M.

Letzte Nachrichten
Französischer sozialdemokrat. Parteitag
 Ansprache des deutschen Vertreters Dr. Hülferding

Paris, 9. Febr. Der sozialistische Parteitag in Grenoble hat in seiner letzten Plenarsitzung ein Verbot über die wirtschaftliche Lage von Galien beschlossen. Der Parteitag hat über die Ursachen der unruhigen Lage ausgesprochen. Er führte als Ursache der unruhigen Lage an, daß alle Nationen auf sich selbst angewiesen sein wollten, anstatt dem Austausch ihrer Produktion ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Ein zweites Verbot sei es die Wirtschaftskrise, die auch zum Teil die Ursache der unruhigen Lage sei, wenn es die Notwendigkeit einer internationalen Organisation der Produktion und der Wirtschaftskrise begriffen habe. Es wurde auch von der Rolle des neu-gegründeten Weltkongresses gesprochen.

Darauf ergrieffen die Delegierten der ausländischen Parteien das Wort. Für Deutschland sprach der ehemalige Finanzminister Hülferding, welcher erklärte, er stelle mit Befriedigung fest, daß gewisse Beziehungen zwischen den deutschen und den französischen Sozialisten beständen. Sie hätten eine große Verantwortung, denn es würde von ihrem Einverständnis die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens abhängen. Hülferding ging dann auf das Ergebnis der letzten Reichstagswahlen ein, die den deutschen Sozialdemokraten einen Gewinn von 33 1/2 Proz. gebracht hätten. Die Partei werde bald eine Million eingeschriebene Mitglieder haben. Das mache mit den 6 1/2 Millionen Angehörigen der Gewerkschaften und der einen Million Beamten ein solches Heer für die Verteidigung des Arbeitsstandes, um die Erfüllung des Washingtoner Abkommens zu erwirken.

Hülferding kam dann auf die allgemeine Politik zu sprechen und erklärte, in der deutschen Republik, die aus der Niederlage geboren sei, gebe es keine Tradition. Es habe die Bedrohung durch die extremen Nationalisten bedurft, damit die deutsche Arbeiterschaft die Gefahr der Reaktion begriffen habe. Sie hätte den Grundpfeiler der Republik dar, die bei den Wahlen den Sieg davongetragen habe. Hülferding, dessen Rede von Gumbach überleitet wurde, forderte, daß die Mäßigung der Arbeiter nicht mehr länger hinausgeschoben werde, denn durch diese Mäßigung würde der Kampf der deutschen Sozialisten gegen die Reaktion erleichtert werden.

Darauf sprach im Namen der englischen Arbeiterpartei Tom Shaw. Besonders lebhaft begrüßt wurde der Vertreter der spanischen Sozialisten. Für die belgische Arbeiterpartei sprach der ehemalige Minister Sauters, der erklärte, daß die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder der belgischen Arbeiterpartei 650 000 betrage. Darauf wurde der Parteitag auf heute vormittag vertagt.
 Bei der Erklärung des von Leon Blum erstatteten Tätigkeitsberichts erklärte der Rapporteur Gouttenot de Tours, es sei klar geworden, daß Herriot einen absoluten Mangel an Aufrichtigkeit an den Tag gelegt habe. Es habe in allen seinen Reden die Legende von dem deutschen Wolf gekostet, dem sich das französische Schaf gegenübergestellt habe. Der französische Ministerpräsident zeige das verächtliche Gesicht des deutschen Militarismus und des deutschen Nationalismus, aber er hüte sich wohl, das nicht weniger häßliche Gesicht des französischen Nationalismus und Militarismus zu zeigen. Herriot sprach sehr oft von der Entwaffnung Deutschlands, aber niemals von der Entwaffnung Frankreichs. Wenn die letzte Rede Herriot's ihm die Anerkennung der nationalpolitischen Krise eingebracht habe, so habe er demgegenüber die Kritik der Demokraten der ganzen Welt hervorgebracht. Das deutsche Volk wolle keine Revolution. Diese wollen nur die Reaktionäre und diese seien in der Minderheit. Der Redner erklärte, daß man gegenüber der Politik Herriot's eine Unterstützungspolitik freiden könne, diese dürfe aber nur eine streng überwachte Unterstützungspolitik sein.

Ein Deputierter des Departements Gote du Nord erklärte, man müsse das jetzige Kabinett unterstützen, dessen Existenz vielmehr schon einen wirklichen Fortschritt für die Demokratisierung bedeute. — Ein Deputierter des Seine-Departements forderte, den Tätigkeitsbericht von Leon Blum zu genehmigen und die Unterstützungspolitik fortzusetzen.

Die Wahlen in Jugoslawien
 Belgrad, 9. Febr. Bis 6 Uhr heute früh sind folgende Ergebnisse der Stupski-Wahlen bekannt: Die radikale Partei hat 141, die Rechtsdemokraten (Christlich-slawische Partei) 21 Sitze errungen. Die Regierungskoalition hat hiernach mit 162 Sitzen die Mehrheit erhalten, da die Gesamtzahl der Sitze in der Stupski-Wahl 315 beträgt. Der Oppositionsblock verfügt hiüber über ungefähr 140 Stimmen.

Schweres Unglück bei einem Kasernenbrand
 Paris, 9. Febr. In Begiers stieg während der Wachenarbeiten bei einem Kasernenbrand eine Mauer ein und begrub 30 Soldaten und Feuerwehrlente unter sich. Bisher wurden 13 Tote und 15 Schwerverletzte aus der Trümmerberge geborgen.

Briefkasten der Redaktion
 Meißbanner Gernsbach. Die Karte mit dem Hinweis auf die Versammlung erreicht uns erst am Samstag mittag; Postkämpel 7, 2, 25, 6—7 8. Am Samstag konnte also die Post nicht mehr gebracht werden.

Bereinsanzeiger
 Bei 6 u. mehr Stellen 40 Pfennig die Zeile. (Übergangsfristungen finden unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, aber werden zum Neuantrittspreis berechnet.)

Karlruhe.
 Metallarbeiter-Jugend. Mittwoch, den 11. ds. Mt., abends 7 1/2 Uhr, Treffpunkt der Metallarbeiter-Jugend im Jugendheim. Erscheinen aller Jugend-Metallarbeiter ist Pflicht.
 Betriebsrätefrage. Wir verweisen nochmals auf die eben Mittwoch im Lokal zum „Salmen“, Ludwigplatz stattfindenden Betriebsrätefrage, für auswärts wohnende Kollegen 7 1/2 Uhr für die am Orte wohnenden abends 8 Uhr. Am Mittwoch wird mit dem 3. Teil des Betriebsrätegesetzes begonnen.
 1207
 Ostlingen (Naturfreunde). Mittwoch, 11. Febr., abends 7 1/2 Uhr in der „Krone“ Lichtbildvortrag: „Kultur und Kunst in alten Ägypten“. Eintritt frei. 177 Der Vorstand.

Mühlburg
 (Anschreiben und aufbewahren!)
 Hiermit erfolgt die Bekanntgabe weiterer Firmen, die den „Volksgenossen“ abonnieren haben:
 Schuhmachereien: Ludwig Götze, Hardstr. 86, Stallgebäude 1; Stefan Geleher, Hardstr. 4.
 Obst- und Gemüsehandlung Alfred Seidel, Nachstr. 54 (Tel. 5531).
 Drogerie und Spezialehandlung Hofmeister, Ede Nach- und Philippstr. (Tel. 4684).
 Bäckereien: Bäckerei und Teigwarenfabrik Müller, Nachstr. 39 (Tel. 690); Ludwig Barquet, Rheinstr. 17; Karl Gäßner, Rheinstr. 99.
 Ban- und Möbelreparaturen: Josef Schmitz, Rheinstr. 78.
 Fuß- und Kohlenhandlungen: Albert Böhm, Lindenplatz 8 (Tel. 2048).
 Kolonialwaren, Delikatessen, Spezialehandlungen: Käthe Vierhafter, Rheinstr. 43 a (Tel. 5688); Ergotti, Hardstr. 22 (Tel. 3552).
 Küchen- und Haushaltungsgegenstände: Max Gottner, Rheinstr. 23 (Tel. 5682).
 Metzgereien: Emil Wittroff, Nachstr. 42 (Tel. 2802).
 Des weiteren eruchen wir, auch die Inserenten des „Volksgenossen“ zu verurteilen.
 Sozialdem. Partei — Bezirk Mühlburg.

Mit schöner Eleganz oder eigentlich nicht vollkommen die geliebte zu sein ist ein Vorwurf, dem sich jeder aussetzt, dessen Schutzwert sich nicht in adäquatem Zustand befindet. Wie weit aber sehen Ihre Schuhe aus, wenn Sie eine Schuhereme verwenden, die das Leder weich, geschmeidig und wasserfest macht und höchsten Schutz gegen Regen erzeugt. — Nehmen Sie daraus die Lehre und benutzen Sie den vorzüglichen Terpentinschuhputz S. u. d.

Faßbilder
 für Reise und Fahrkarten sofort
Offiziell-Photos
 Billigste Preise
 Photogr. Atelier
Rausch & Pester
 Erbsprinzenstr. 3
 in reicher Auswahl
 Reparaturen aller Art.
 K. Zepfel, Telefon 5641.

Damenbart
 radikal mit Wurzel
 H. Bieler, Parfümerie
 Kaiserstraße 223.
wo? In der Mühlburg
 Central-Verderplatz 40,
 Spezialgeschäft für alle
 Schuhmacher, Schuhre-
 paraturen und Haus-
 haltungs-Nähmaschinen,
 lasst sie meine Nähmaschine
 reparieren! 519

Kartoffeln
 sind wieder in
 meinen sämtlichen
 Filialen
 erhältlich
 Pfund 5 Pfg.
 Str. Nr. 1.60
 zugeführt
Bucherer
 Telefon 392

Chaiselongues,
 alle Arten Polstermöbel,
 Neuauflage sowie Re-
 paraturen gut und billig
Kammerer
 26 Erbsprinzenstraße 26
Windjacken
 Gummimantel,
 Regen-
 jacken,
 Samt-
 sehr preiswert bei
Levy,
 Markgrafenstr. 22

Barum Erdal?
 Das weiß doch jeder!
 Nur das beste Material
 Pflegt die Schuhe,
 Schon das Leder!



Erdal
 für die Schuhpflege



Die Hausfrau sagt:
Niemand merkt es, daß jetzt
fast reinen Bohnenkaffees nur
noch der gute und billige Quieta
auf den Tisch kommt.
Trinke Quieta!

Naturheilverein Karlsruhe e. V.

Mittwoch, den 11. Februar, abends
8 Uhr im Saale der „Sier Jahreszeiten“,
Sebelstraße 21

**Oeffentlicher
Frauenvortrag**

des Herrn
Dr. med. Strümmann-Stuttgart
**Von der kranken Frau
und ihrer Gesundheit!**

Behandlung der kranken Frau — Die
Erziehung zur Gesundheit beim heran-
wachsenden weiblichen Geschlecht.
Eintritt: Mitglieder und Angehörige
gegen Ausweis (Mitgliedskarte 1924) je
50 Pf., Nichtmitglieder 1 RM.

Badische Lichtspiele
für Schule und Volksbildung
Konzerthaus

Erstaufführung!
Samstag, den 7. Februar
nachm. 4 Uhr und abends 8 Uhr
Sonntag, den 8. Februar,
nachmittags 4 Uhr
Montag, den 9. Februar,
Dienstag, den 10. Februar,
abends 8 Uhr



„COLUMBUS“

Der Film vom Bau und Betrieb des
neuesten deutschen Riesendampfers
des Norddeutschen Lloyd Bremen.
Der Wiederaufbau der deutschen
Handelsflotte.

Vortrag: **Korv.-Kapitän Roedenbeck**
Vorverkauf: Musikhaus
Müller, Kaiserstraße
Preise: 1.70, 1.50, 1.—, 0.60 Mark.
Studierende und Schüler gegen Aus-
weis halbe Preise.

In 30 Minuten
Ihr Passbild
aus im Photogr. Atelier
Kaiserstr. 60 (eing. Adlerstr.)

**Marmeladen und
Konfitüren**

in 1 Pfund-Gläsern, in 2, 5 und 10 Pfund-
Glasern von anerkannt guter Qualität
vorrätig und geben diese, um damit schnell
zu können, zu äußerst billigen Preisen
auch in kleinen Mengen und direkt an
Konsumenten ab. Verkauf nur noch
diese Woche in der Zeit von 9—12 Uhr
vormittags und 2—5 Uhr nachmittags.
Verkaufsort: Kardstr. 35 a.
Baldur A.-G.

Besonders billige Angebote!

- covercoat-Mantel, reine Wolle, jugendliche Form 9.50
- covercoat-Mantel, reine Wolle mit reicher Stepperei 12.50
- Damenmantel, Zwirn-Coverc, reine Wolle, m. Bisen u. Knopfgarn 19.50
- Regenmantel, imprägniert Covercoat, beste Qualität 14.50
- Regenmantel, Kammgarn, reine Wolle, imprägn., in versch. Farb. 37.50
- Kostüm, Kammgarn, reine Wolle mit langer Jacke auf Halbseide 45.—
- Kostüm, Gabardine, reine Wolle mit langer Jacke auf Halbseide 58.—
- Kostümrock, Cheviot, reine Wolle, in blau und schwarz 3.95
- Kostümrock, in Falten gelegt, reine Wolle, blau und schwarz . 6.75
- Trikotseidene Jumper grosse Farbenwahl, teils mit
langem Aermel 4.95 u. 3.95

Täglich Eingang von Frühjahrs-Neuheiten.

M. Schneider H. Kahl
Erbrinzenstr. 31 Straßb.-Haltest. „Hauptpost“ Ludwigsplatz.

**Volkskirchenbund
der evangelischen Sozialisten.**
Donnerstag, den 12. ds. Mts., ab 8 Uhr findet
in der Bethelanstalt ein Vortrag statt, über
„Weitling, ein religiöser Sozialist
vor hundert Jahren“.

Referent: Professor Dr. Dietrich-Karlsruhe.
Dazu sind Gäste und Freunde freundlichst eingeladen.
Der Vorstand.

Städtische Festhalle Ettlingen.
Samstag, 14. Februar 1925,
abends 7/8 Uhr

**Großer Masken-
und Kostüm-Ball
des Arb.-Gesangvereins „Eintracht“**

Eine Nacht beim Gesangverein
in Dummelsdorf.

Balkmuff:
Kapelle des Musikvereins Ettlingen.
Eintrittspreise: Mitglieder 1 RM.,
Nichtmitglieder 1.50 RM., an des Abend-
tische 2.— RM. einschließlich Steuer.
Vorverkaufsstellen: Friseur Emil Jäger,
Nigarrengeschäft Rees und in der „Krone“.
Die Mitglieder erhalten ihre Eintrittskarten
gegen Vorzeigen der Stubenliste bei Kassier
Edmund Schick, Sängervorstand Wilhelm
Baumann und in der Eingangs- — Ein-
führung 7 Uhr. — Nur anständige Masken
haben Zutritt.

**Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“
Erisgruppe Karlsruhe.**

Maskenball

Hört und kommt! Hört und kommt!
Am Samstag, den 14. Februar 1925, in den
Räumlichkeiten der „Rekreation Spiel“
Großes 6-Stunden-Rennen
um die Meisterschaft Europiens. 12/5
Rärrinnen und Rarren erscheint alle um den großen
Preis zu erlangen. — Eintritt frei — Anfang
8 Uhr. Gabe wann's Geld fort ist. Geländemittere
am Eingang erhältlich. Der Vorstand.

COLOSSEUM
Täglich, 8 Uhr, das vollständig neue
VARIETE-PROGRAMM

Zwangsvollstreckung
Mittwoch, 11. Feb-
ruar 1925, nachmittags
2 Uhr, werde ich in dem
Wandlstraße, Steinstr. 23
hier, gegen bare Zahlung im
Sollverfahrenswege öffent-
lich versteigern:
22 kleine Motore mit
Schwiel, 1 Schreib-
tisch, 1 Schreibstuhl,
1 Bücherregal, 1 Tisch,
1 Delgamade, 1 Chaise-
longue, 1 Divan, 1 Kom-
mode, 1 Einzelstuhl,
1 Schreibtischapparat.
Die Versteigerung der
Motore findet voraus-
sichtlich bestimmt statt.
Karlsruhe, 9. Febr. 1925.
Hier, Gerichtsvollzieher
1268

Zwangsvollstreckung
Mittwoch, den 11. Feb-
ruar 1925, vormittags
10 Uhr, werde ich in Karlsru-
he, Waldhorstr. 66,
gegen bare Zahlung im
Sollverfahrenswege öffent-
lich versteigern:
1 Schloß, 5 Werk-
haben Karlsruherstr.
u. a.
Karlsruhe, 9. Febr. 1925.
Schweinfurt,
Gerichtsvollzieherstellb.

**Blaue Anzüge
sowie Berufs-
kleider aller Art
u. guter Qualität**
Levy,
Markgrafenstr. 22

Achtung! Achtung!
**Pfeifenraucher
kaufen ihren
Rauchtabak**
bestens und billigstens direkt in der
Rauchtabakfabrik, Karlsrufer 91 Str.
(früher Rutenstraße 9).
Der Weg lohnt sich!

Kompl. Wohn-, Schlafzimmer u. Küche
loftet zu verkaufen wegen Ausreise. Anzusehen bis
heute abend. Zuracherstraße 24, II. Etod.

**Badisches
Landestheater**
Dienstag, den 10. Februar, 7—10 Uhr, E 16; Tsh.-Gem. 1001—1300,
Vollst. Bühne Sonder-Gruppe
Intermezze 30.

Kaufen Sie Ihre
Schirme u. Stöcke
alleinig bei Weing
Schirm-Fabrik Wilh. Kretschmar
Nachf. Andr. Weing jr.
jetzt Karl Friedrichstraße 21 am Rondellplatz
Jegliche Art Schirm-Reparaturen schnell und billig

Die während der **Wollen Woche** angesammelten
Reste u. Restbestände

in
**Crefonne / Handtücher / Haustuch /
Halb- u. Reinleinen / Weiße u. bunte
Bettdamaste / Bettuchbiber Tischzeug
/ Bettbarchente und Matratzendelle**
werden **weit unter Preis** abgegeben

Grosse Auswahl in
besseren **Herrenkleiderstoffen**, nur
ausgesucht prima Qualitäten und **Manchester.**

Arthur Baer Kaiserstraße 133
Eingang Krouststr.
gegenüber der kleinen Kirche
Verkaufsräume nur eine Treppe hoch.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten
die schmerzliche Nachricht, daß mein lieber
Mann, unser guter Vater, Bruder,
Schwager und Onkel

Valentin Kiffner
im Alter von 41 Jahren heute nachmittags
4 Uhr an einem im Felde angelegenen
schweren Leiden sanft entschlafen ist.

Wohlfahrtsweg, den 9. Februar 1925.
Die trauernden Hinterbliebenen:
**Marie Kiffner, geb. Kappler
und Kinder.**
Beerdigung Mittwoch nachmittags 4 Uhr
vom Trauerhaus, Schloßbergstr. 66 aus.

Trauerbriefe

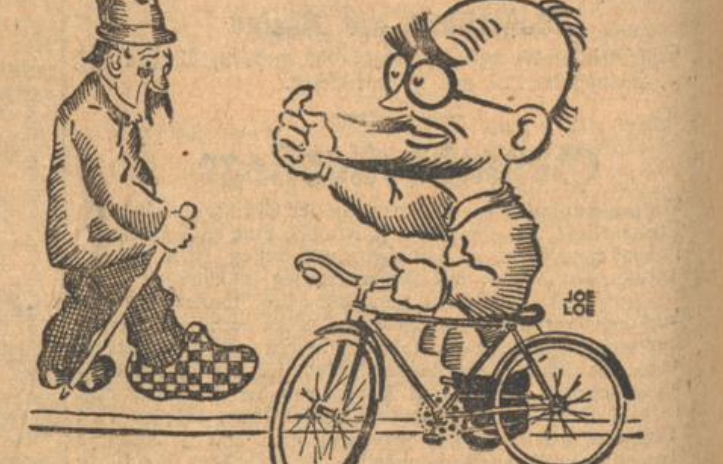
liefert schnell und billig die Buchdruckerei „Soll-
freund“, Zulfenstraße 24. — Telephon Nr. 128.

Offene Stellen:
Für jg. Verkäufer, perf. stenographisch, jg. Ber-
kaufstinnen f. Konfektion, Arbeiterinnen für diverse
Fabriken, Kaufschreibende, Flugzeugführer, Stru-
cturengeheiler, Polierer, Großschneider, Polsterer,
Lapazierer.

Arbeitsamt Baden-Baden.

Rastatter Anzeigen.

**Festlegung der Baufluchten in der
Stadt Rastatt betr.**
Der Stadtrat hat beim Bezirksamt hier die Fest-
legung der Baufluchten für das Baugelände beantragt,
welches dem „Erbwärtung, der Gartenstraße, der
Reinhardt-Allee, der „Sibyllen- und Ludwig-Wilhelm-
straße“ eingetragt ist.
Die Pläne hierüber liegen beim Bezirksamt und
dies. Stelle — Rathaus Zimmer Nr. 9 — zur Ein-
sicht auf.
Eingetragte Einwendungen können binnen 14 Tagen,
spätestens am 23. ds. Mts., hier vorzubringen.
Des Näheren verweise ich auf die Bekanntmachung
des Bezirksamts Rastatt vom 6. ds. Mts. in den beiden
Tageszeitungen vom 6. ds. Mts.
Rastatt, den 6. Februar 1925.
Der Oberbürgermeister.



Aus Dr. Unblutigs Praxis.

Auf dem Heimwege trifft Dr. Unblutig einen humpelnden Mann mit mel-
ancholisch-mongolisch herabhängendem Schnurrbart, dessen schmerzgebeugter Ge-
sichtsausdruck ihm auffällt. „Haben Sie Staatspapiere oder Hühneraugen?“ fragt
er ihn. „Leider beides.“ — „Ihre Staatspapiere werden Sie behalten müssen, aber
von Ihren Hühneraugen kann ich Ihnen helfen. Aha, ich sehe schon, Sie haben
eins von den verfluchten Blindenplastern angelegt, die ich zwar zur Reparatur
meiner Fahrradreifen sehr schätze, die ich aber niemals auf ein Hühnerauge legen
würde, weil es meiner wissenschaftlichen Überzeugung und meiner praktischen
Erfahrung widerspricht. Ich rate Ihnen:

Kukirolen Sie!
Gehen Sie in die nächste Apotheke oder Drogerie und kaufen Sie sich eine voll-
ständige Kukirol-Fußbad, bestehend aus drei Präparaten, nämlich: Erstens das voll-
ständige Kukirol-Fußbad. Das wenden Sie abends an. Es verhilft Fußschweiß und
dadurch Brennen, Wundläsionen und Erythemen der Füße. Es kräftigt Nerven
und Sehnen, und Sie werden gleich nach der ersten Anwendung ein viel brauch-
barer Mitarbeiter sein. Sie bekommen wieder Elastizität in die Gelenke. Nach
Morgen legen Sie Ihre Füße mit dem Kukirol-Streupuder ein. Am nächsten
dem Fußbade legen Sie auf jedes Hühnerauge ein Stück Kukirol-Hühneraugen-Pflaster.
In einigen Tagen sind Sie von Ihren Hühneraugen ohne Schneiden und ohne Ent-
zündung erlöst, und werden nie wieder so humpeln. Ferner müssen Sie jeden
Morgen etwas Kukirol-Streupuder in Ihre Schuhe und Strümpfe streuen. Sie
werden dann immer warme, trockene, saubere und geruchlose Füße haben. Sie
nicht einen solchen Kasernentubenduli ausströmen, wie jetzt. Verlangen Sie aber
zu nehmen, die echten Kukirol-Präparate mit der Schutzmarke „Hahnenkopf mit
Fuß“. Lassen Sie sich niemals verleiten, Fußbäder mit Zusatz von Chromsäure
aber nur, weil es die Schwefelröden überhaupt zerstört. Das Kukirol-Fußbad
können Sie auch schon für 30 Pfennig versuchen, wenn Sie die einfache Packung
verlangen. Die Doppelpackung kostet 50 Pfennig.
Verlangen Sie unsere neue Druckschrift, die Ihnen richtige Fingerzeige über
die Wichtigkeit der Fußpflege gibt. Die Zusendung erfolgt kostenlos und portofrei.
Kukirol-Fabrik Groß-Salze bei Magdeburg.